

Abgeordnetenhaus B E R L I N

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

15. Sitzung

23. November 2017

Beginn: 13.02 Uhr

Schluss: 16.00 Uhr

Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir gehen über zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/0344
Qualifikation für Quereinsteiger im Erzieherberuf in Kindertagesstätten

0059

BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
- Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in
pädagogische Berufe in Schule und Kita –
Erfahrungen und Schlussfolgerungen für die weitere
Gestaltung der Rahmenbedingungen**
- (auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0098](#)

BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich heute in alphabetischer Reihenfolge Herrn Bublys, Vorsitzender von Bildet Berlin! – Initiative für Schulqualität e. V. – herzlich willkommen! –, Herrn Professor Dr. Ramseger, Arbeitsstelle Bildungsforschung, Primarstufe der Freien Universität Berlin – herzlich willkommen! –, Frau Rietzschel, Landessprecherin des Bundesarbeitskreises der Seminar- und Fachleiter und -leiterinnen e. V., Landesgruppe Berlin – herzlich willkommen! – und Frau Siebernick, Vorsitzende des GEW-Landesverbandes Berlin – herzlich willkommen! – Frau Bostelmann, Geschäftsführerin der Klax Berlin gGmbH, hat heute telefonisch abgesagt. – Ist ein Wortprotokoll erwünscht? – Ja, damit ist das so festgehalten.

Begründung des Antrages durch die Fraktion der FDP zu 2 a) – Herr Fresdorf, bitte!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – In der aktuellen Situation im Bereich der Kindertagesstätten, aber das gilt auch für Schule, wie wir alle wissen, in der wir uns in Berlin befinden, bekommen wir den Personalbedarf ohne Quereinsteiger momentan nicht gedeckt, und daher ist es notwendig, dass wir mit Quereinsteigerinnen und -einsteigern in Kindertagesstätten und Schulen arbeiten werden müssen. Uns ist dabei wichtig – ich denke, es geht der Mehrheit dieses Hauses so –, dass dies in einer guten Qualität passiert, dass wir diese Quereinsteigerinnen und -einsteiger von Anfang an so gut wie möglich unterstützen und befähigen, die Aufgabe, die sie nun angehen werden, erfolgreich erledigen zu können.

Wir schlagen Ihnen mit unserem Antrag vor, dass wir, bevor jemand den ersten Tag in der Kita arbeitet und – auf Kinder losgelassen möchte ich nicht sagen – mit Kindern zusammenarbeitet, ihm vorab das nötige Handwerkzeug in die Hand geben, denn es ist einiges zu beachten, wenn ich mit Kindern zusammenarbeite. Wir möchten in diesem vierwöchigen Training die Rahmenbedingungen sozialpädagogischer Arbeit vermitteln. Es geht sehr viel um das Thema Kinderschutz: Was muss ich beachten? Woran erkenne vielleicht auffälliges Verhalten im Elternhaus? Welche Schritte habe ich zu gehen, wenn mir etwas bei einem Kind auffällt? Wie weit kann ich gehen, wenn zum Beispiel ein Kind mich andauernd beißt? Was habe ich als Erzieher/in für Möglichkeiten, mit einem beißenden Kind umzugehen? Wie mache ich das am besten? Wie gehe ich mit Konflikten um? Das sind Sachen, die jemand, der vorher nicht mit Kindern gearbeitet hat – vielleicht nur in einer kleinen Gruppe als Logopädin, die auch als Quereinsteiger einsteigen können –, nicht unbedingt weiß. Von daher sagen wir: Geben wir ihnen gleich am Anfang das Handwerkszeug, geben wir ihnen vier Wochen eine Grundausbildung im Erziehersein, im Zusammenarbeiten mit Kindern und geben ihnen ein gutes Gefühl vom ersten Tag an, wenn sie mit den Kindern zusammenarbeiten, dass sie nicht komplett hilflos auf diese Gruppen losgelassen werden. Denn so ein Kitaalltag ist besonders herausfordernd, das weiß jeder, der schon mal so einen Kitatag erlebt hat. Wir sollten alles Mögliche tun, um das entsprechende Handwerkszeug zur Verfügung zu stellen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wer möchte den Besprechungswunsch der Koalitionsfraktionen begründen? Sie beide? – Frau Seidel, bitte schön!

Katrin Seidel (LINKE): Ich denke, es ist ganz deutlich. Wir wissen alle, dass wir einen enormen Fachkräftebedarf haben, speziell im Bereich Kita. Es wird prognostiziert, dass in den nächsten Jahren noch 4 700 in unseren Kitas gebraucht werden. Wir haben bereits erhebliche Erweiterungen der Quereinstiegsmöglichkeiten geschaffen, aber es ist von großer Bedeutung, dass diese Quereinsteigenden entsprechend qualifiziert sind und gute Rahmenbedingungen haben, um auch in der Kita zu bleiben. Wir haben steigende Zahlen, was den Quereinstieg und die berufsbegleitende Ausbildung in den Kitas betrifft. Ich habe eine Zahl von 1 890 Menschen, die allein im Jahr 2017 neu diesen Weg beschritten haben. Das ist eine gute Lösung und ein guter Weg, Menschen für die Arbeit in der Kita zu gewinnen, die dann auch dort bleiben. Wir haben leider auf der anderen Seite der regulären staatlichen Ausbildung im Erzieher/innen/beruf dramatische Zahlen, wo Ausbildungsplätze frei sind, wo die Bewerberzahlen seit Jahren rückläufig sind. Wir haben hier eine Aufgabe und denken, dass der Quereinstieg hier ein gutes Erfolgsmodell für Berlin sein kann.

Ein weiteres Problem, das wir damit zu beheben versuchen, das in der Stadt zunehmend auftaucht, ist, dass Kitaplätze, die dringend gebraucht werden, die von den Eltern gesucht werden, nicht besetzt werden können, weil die Einrichtungen das entsprechende Personal nicht vorhalten können. Wir haben viel dahingehend zu tun, die Ausbildung der Erzieher/innen und Quereinsteiger/innen attraktiver zu machen, den Beruf insgesamt attraktiver zu machen. Wir suchen heute in der Anhörung nach weiteren Lösungen dafür. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Kittler, bitte schön!

Regina Kittler (LINKE): Vielen Dank! – Uns allen ist bekannt – darüber haben wir hier schon mehrfach gesprochen; es gibt etliche Anfragen dazu –, wie die Lehrkräftesituation an unseren Schulen ist. Wir wissen, dass wir in diesem Jahr 42 Prozent der Neueinstellungen mit Quereinsteiger/inne/n belegen mussten, und wir wissen auch, dass in den Grundschulen mehr als die Hälfte der Einstellungen mit Quereinsteiger/inne/n erfolgte.

Ich möchte noch mal darauf verweisen, das ist ganz wichtig, dass diese Quereinsteiger/innen eine hohe fachliche Qualifizierung haben. Vielfach fehlt ihnen eine pädagogische Qualifizierung, und genau die müssen sie erwerben können. Das gilt sowohl für die Kita als auch für die Schule. Sie meistern mit einem sehr hohen Engagement und nicht unproblematisch die Situation, gleichzeitig Lehrende und Lernende zu sein. Über diese schwierige Situation, in der sie sich befinden, müssen wir uns verständigen, und wir sollten gemeinsam mit den Anzuhörenden – vielen Dank, dass Sie alle unserem Ruf gefolgt sind! – überlegen, wie wir die Bedingungen so gestalten, dass es gut für die Schule und auch für die Quereinsteiger/innen wird.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Bevor wir mit der Anhörung beginnen, will Frau Senatorin Scheeres noch einleitende Worte dazu sagen. – Bitte schön!

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde gern auf beide Bereiche eingehen. Es ist gerade deutlich geworden, dass der Quereinstieg im Bereich der Kita, die berufsbegleitende Ausbildung, überhaupt nicht zu vergleichen

ist mit dem Thema des Quereinstiegs im Lehramt. Dass es zwei Themen sind, ist uns allen hier fachlich klar.

Ich würde erst mal kurz auf den Kitabereich und dann auf den Schulbereich eingehen. Im Kitabereich gehen wir schon seit vielen Jahren unterschiedliche Wege, Erzieher/innen auszubilden. Hintergrund sind die wachsenden Kinderzahlen bzw. die auch die veränderten Rechtsansprüche, die es in den letzten Jahren gab. Der letzte Rechtsanspruch, der sich verändert hatte, war der Kitabesuch ab dem ersten Lebensjahr. Uns ist es in Berlin sehr wichtig, dass auch alle diesen in Anspruch nehmen können, dass viele Kinder in die Kita gehen. Ich sprach immer von Dreiklang, auf der einen Seite der extreme Kitaplatzausbau, die Qualitätsverbesserung, aber auch, dass wir den Zugang öffnen, die Beiträge abschaffen, damit alle Kinder einen Zugang in die Kitas haben. Es ist klar, wenn man diesen Dreiklang geht, dass wir in diesem System extrem viele Fachkräfte benötigen. Aufgrund dessen hat man im Kitabereich seit 2011 die berufsbegleitende Ausbildung entwickelt, die unterschiedliche Module umfasst. Das ist eine dreijährige Ausbildung. Wir haben auf der einen Seite die Erzieherausbildung an unseren Fachschulen, die berufsbegleitende Ausbildung, und es gibt auch die Möglichkeit, im Bereich der bilingualen Konzeption hier auch in den Quereinstieg zu gehen, aber auch der letzte Schritt, den wir gegangen sind, wo allen klar war – wir haben gerade erst wieder Qualitätsstufen auf den Weg gebracht –, auch dem Kitabündnis, wenn wir weiter 30 000 Kitaplätze ausbauen, die Gruppengrößen verkleinern, all die Dinge, die wir jetzt im Parlament beschlossen und viel Geld in die Hand genommen haben, dass wir noch mehr ausbilden müssen, dass wir eine Gesamtverantwortung haben. Ich fand es richtig, dass wir das gemeinsam so auf den Weg gebracht haben. Deswegen gibt es auch eine Öffnung in Richtung Sozialassistenten. Hier haben wir uns mit den Trägern auf einen Übergangsweg verständigt. Es war der Wunsch der Träger, dass auch Sozialassistenten eingestellt werden können, aber mit der verbindlichen Aussage, dass spätestens nach zwei Jahren diese Fachkräfte in die Erzieherausbildung gehen.

Uns war wichtig, das war auch eine Forderung der Träger, dass wir fachverwandte Berufe ausweiten, dass diese auch eingestellt werden können und die Möglichkeit zum Quereinstieg erhalten. Das sind die Wege, die wir hier in Berlin gehen, und ich finde auch sehr erfolgreich.

Wir haben den Punkt aus der Praxis und die Forderung aufgegriffen, dass es auch eine gute Anleitung geben muss. Ein weiteres Ergebnis in den Haushaltsberatungen sind die Anleitungsstunden. Wir sind bei den letzten Haushaltsberatungen im ersten Ausbildungsjahr eingestiegen, aber dass wir das jetzt wirklich über die drei Jahre ziehen und hier intensiv anleiten können.

Ich möchte gern etwas zu den Ausbildungskapazitäten sagen, die eben schon angesprochen worden sind. Wenn Sie sich die Ausbildungskapazitäten der letzten Jahre anschauen, haben wir einen immensen Anstieg. Wenn wir uns das Jahr 2010 anschauen: An den öffentlichen Schulen hatten wir 57 Quereinsteiger/innen, und jetzt, 2017/18, sind es 917. Also, wir haben einen stetigen Anstieg in der Ausbildung, insgesamt von 4 000 auf 8 900. Das zeigt, dass das Interesse da ist, in die Ausbildung zu gehen. Seitdem wir das Ausbildungsgeld abgeschafft haben, wählen die Interessierten frei und haben auch unterschiedliche Möglichkeiten. An den öffentlichen Schulen haben wir zurzeit 8 Prozent freie Plätze, aber wir sind mit den öffentlichen Schulen im Gespräch, wie wir eine Vollbelegung hinbekommen, aber das Interesse ist weiter da, in die Ausbildung zu gehen. Das finde ich sehr gut. Die Kapazitäten werden hier weiter ausgeweitet, und es ist richtig, dass wir Geld in die Hand nehmen, um qualitativ gut

begleiten zu können. – Das erst mal zum Kitabereich. Es gibt sicherlich noch andere Punkte anzusprechen, das liest man auch aus den Stellungnahmen heraus.

Zum Schulbereich möchte ich sagen, dass das Thema hier ein wenig anders gelagert ist. Wir wissen alle, dass wir seit fünf Jahren einen extremen Anstieg der Schülerzahlen haben, 6 000 bis 7 000 Schüler/innen jedes Jahr mehr im System. Seit drei Jahren haben wir auch das Thema der Zuwanderung, der Flüchtlingskinder. Auf der einen Seite haben wir wachsende Schülerzahlen, aber in den letzten Jahren auch qualitative Verbesserungen, sodass wir jedes Jahr fast 3 000 Lehrkräfte neu einstellen mussten. Wir wissen, wenn man sich die bundesweiten Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen anschaut, dass die bundesweit nicht ausreichend sind und dass es ein Fehler war, vor zehn Jahren Kapazitäten abzubauen, das muss man ganz klar sagen. Man hätte eigentlich vor zehn Jahren die Kapazitäten ausweiten müssen. In der letzten und in dieser Legislaturperiode haben wir das im Rahmen der Hochschulverträge gemacht, die Kapazitäten ausgeweitet. Aber wir befinden uns auch in einer Übergangssituation, denn es ist klar, da die Studierenden nicht sofort auf dem Markt sind, so würde ich es mal beschreiben, dass wir weiter einstellen müssen. Es ist im Land Berlin immer schon mit Quereinsteiger/inne/n gearbeitet worden, aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass die Anzahl in den letzten Jahren gestiegen ist. Wenn wir uns das letzte Jahr der Einstellungen anschauen – ich hatte die Zahlen hier im Detail vorgestellt, das möchte ich nicht wiederholen; berlinweit sind es 5 Prozent –, den Grundschulbereich, ist es eine schwierige Situation, dass wir über 40 Prozent Quereinsteiger/innen allein im Grundschulbereich haben.

Wir wissen auch, wenn wir über Quereinstieg reden, dass das im Land Berlin Personen sind, die ein abgeschlossenes Studium haben. Wir setzen auf Master, auf Fächer der Berliner Schule, all diese Dinge. Wir haben in den letzten Jahren bestimmte Dinge weiterentwickelt, weil wir aufgrund des Anstiegs beim Quereinstieg festgestellt haben, dass wir auch qualitativ in der Begleitung etwas verändern müssen. Wir haben verschiedene Dinge verändert. Wir haben es ermöglicht, dass sie in Teilzeit gehen können, aber auch bei der Berufsbegleitung – sie sind 18 Monate in den berufsbegleitenden Seminaren, sie befinden sich in der Ausbildung und legen dann eine Staatsprüfung ab –, die inhaltliche Ausgestaltung der Seminare, wo sie mit den Referendaren zusammen sind, da haben sich Dinge verändert. Jetzt bieten wir in den Herbst- und in den Osterferien Kurse im Vorfeld des Einstiegs an. Ich könnte noch weitere Dinge berichten. Bei den Anzuhörenden sitzen auch ein paar Praktiker, die sicherlich einiges dazu erzählen werden. Wir haben vor, auch vor den Sommerferien diese Kurse anzubieten, Leitfäden zu entwickeln. Aber wir denken auch an, wenn die Quereinsteiger/innen aus der Ausbildung raus sind, ihre Staatsprüfung abgelegt haben, dass diese weiter begleitet werden. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt. Ich sprach eben auch an, dass wir hier in einem bundesweiten Austausch sind, dass es natürlich keine einfache Situation ist und aus diesem Grund in den Haushaltsberatungen die Anleitungsstunden finanziert werden, weil wir eine Begleitung im Rahmen der Schule benötigen. Ich bin ganz gespannt auf die Diskussion, auf die Anregungen und freue mich darauf.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Wir fangen mit der Anhörung in alphabetischer Reihenfolge an. – Herr Bublys! Sie sind dran. – Bitte schön!

Florian Bublys (Bildet Berlin! e. V.): Sehr verehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Sie haben, glaube ich, alle unser Papier im Vorhinein erhalten. Die Senatorin hat die Entwicklung und die Ausgangslage schon angesprochen, dass es 2011 6 Prozent Querein-

steiger gab, es 2017 40 Prozent an Neueinstellungen an allen Schularten sind und an den Grundschulen insgesamt 53 Prozent. Auf der Grundlage muss man sich, wenn man zu Vorschlägen kommen möchte, überlegen, was die regulären Bedingungen im Vorbereitungsdienst sind und ob die Teilnahme an drei Seminaren, zwei Fachseminaren und einem allgemeinen Seminar, für alle gleich ist, und dann im regulären Vorbereitungsdienst zehn Stunden Ausbildungunterricht. Für die Quereinsteiger gilt, dass es bis zu neun Stunden zusätzlichen Unterricht gibt. Im regulären Referendariat hat man die Möglichkeit und auch die Verpflichtung zu hospitieren, und das ist für Quereinsteiger in der Form nicht zu leisten, weil die Unterrichtsverpflichtung so groß ist. Des Weiteren haben die Leute, die studiert haben, ein Praxissemester gemacht und entsprechende Erfahrungen, und das gilt für die Quereinsteiger nicht. Positiv ist, dass es zwei Anrechnungsstunden für die Mentoren im Quereinstieg gibt. Die stehen im regulären Vorbereitungsdienst nicht zur Verfügung.

Wir haben in den letzten Jahren, auch schon 2014, mit Abgeordneten der Fraktionen über den Quereinstieg gesprochen und seitdem ständig mit Seminarleitungen, Schulleitungen und Lehrkräften, aber auch Quereinsteigern Erfahrungen ausgetauscht und gesammelt. Es gibt drei wesentliche Punkte, zum einen, dass die organisatorische und persönliche Belastung zu groß ist, dass gerade zu Beginn der beruflichen Laufbahn aufgrund der hohen Unterrichtsbelastung zu wenig Zeit für Vor- und Nachbereitung des Unterrichts besteht und dass für die Vermittlung der Ausbildungsinhalte in den Seminaren zu wenig Zeit zur Verfügung steht, um diese auch zu reflektieren und auch die eigene Kompetenzentwicklung mit entsprechenden zeitlichen Rahmen entwickeln zu können. Es stellt sich bei allen Akteuren die Frage, inwiefern die geforderten Qualitätsstandards, die in der Lehrer/innen/bildung angelegt sind, über ein sehr sinnvolles Lehrkräftebildungsgesetz mit einem Praxissemester durch die Ausbildung unter den gegebenen Voraussetzungen erfolgen kann. Darin sehen wir das größte Problem und den dringenden Handlungsbedarf.

Ich möchte Ihnen sechs Vorschläge vorstellen, wobei zwei sehr elementare Aspekte benannt sind und vier weitere kleinere Punkte. Im Sinne der Professionalisierung sehen wir die Verlängerung des Ausbildungszeitraums von 18 auf 24 Monate als einen möglichen, aus unserer Sicht notwendigen Schritt. Wir wollen diese Qualifizierungsphase also um ein halbes Jahr, um ein Semester, verlängern, und das erste Semester soll eine Anschlussqualifizierung ermöglichen und eine Art Einführungssemester sein. Wir stellen uns vor, dass sich die Verpflichtungen darauf beschränken, aktiv an den Fachseminaren teilzunehmen – man hat aber keine Unterrichtsbesuche –, dass es zehn Stunden Hospitation an der Ausbildungsschule gibt, dann maximal fünf Stunden eigenständigen Unterricht und dass ein Qualifizierungsmodul besucht wird, das insgesamt 50 Stunden beinhaltet. Wir schlagen vor, dass, bevor die Semester zwei, drei und vier beginnen, überhaupt die Möglichkeit einer Einführungsqualifizierung erfolgen kann, denn wir sind der Auffassung, dass Kurse in Herbstferien dazu nicht ausreichen und ein Vierwochenkurs, so kurze Crashkurse, keine wirkliche Möglichkeit sind. Die 50 Stunden Qualifizierungsmodul sind gerechnet, dass ein Schulhalbjahr 15 Wochen hat, und es wären wöchentlich drei Stunden, die hier dazukommen würden. Das Modell, das hier zur Qualifizierung vorgestellt wird, sind mit Seminarleitungen, Schülern und Lehrkräften besprochene Aspekte, die man für besonders wesentlich hält. Deswegen haben wir das „pädagogisch didaktische Grundqualifizierung“ genannt.

Dann komme ich zum zweiten Punkt. Der sieht eine Entlastung zugunsten der Professionalisierung vor. Wenn man diese Professionalisierung anstrebt, vor allen Dingen als Einführung

im ersten Semester, soll es in den Semestern zwei, drei und vier eine Entlastung gegeben und, wie Sie der Übersicht entnehmen können, fordern wir im Kern, dass es nicht 19 Stunden verpflichtenden Unterricht gibt, sondern 15 Stunden. Das tun wir auch nur, weil wir um die Zwänge wissen, die es gibt. Normalerweise müsste man davon ausgehen, dass Leute, die weniger Qualifizierung haben, letztlich noch weit weniger unterrichten müssen. Aber das ist nicht anders zu lösen, das sehen wir auch. Die Reduktion ergibt sich für uns aus der Tatsache, dass wir vor allen Dingen den zusätzlichen Unterricht beschneiden wollen im Sinne und zugunsten von Hospitation. Sie sehen hier, dass die 15 Stunden Unterricht erfolgen sollen und vier Stunden Hospitation. Alle anderen Rahmenbedingungen bleiben die gleichen.

Ein dritter Punkt ist die Verbindlichkeit für die Mentorenstunden. Wir haben nicht wenige Erfahrungsberichte, dass Mentorenstunden an den Schulen im Stundenpool der Schule landen und aus welchen Gründen auch immer nicht bei den Quereinsteigern und Mentoren ankommen. Wir haben uns nicht darauf verständigt, einen Vorschlag zu machen, wie man das macht, aber da muss man gucken, dass die Leute das auch bekommen. Es gibt Berichte von Quereinsteigern, die sogar gar nicht wussten, dass sie Mentorenstunden haben und auch einen Mentor. – Dann sehen wir die Doppelsteckung als vor allen Dingen im zweiten Ausbildungshalbjahr flankierende Maßnahmen, dass im Rahmen der fünf zusätzlichen Unterrichtsstunden eine Doppelsteckung erfolgt.

Als fünften Punkt sehen wir die allgemeinen Seminarleitungen als Ansprechpartner in Sprechstunden für konkrete Fragestellungen, die angeboten werden, und zwar nicht, dass man das anbietet und man redet darüber, was man meint, was wichtig wäre, sondern dass auf Grundlage von konkreten Fragestellungen seitens der Lehramtsanwärter/innen gezielte Beratungsgespräche stattfinden können. Wir haben im Lehrkräftebildungsgesetz das schon angesprochene hervorragende Praxissemester und berlinweit viele Kolleginnen und Kollegen, die sich zu Mentoren qualifizieren lassen, die davon sehr angetan sind. Ich habe das selbst auch mitgemacht, habe auch in der Pilotierungsphase mitgearbeitet, und die Logik verlangt, dass man das für die Menschen, die Quereinsteiger an den Schulen begleiten, auch tut.

Ich möchte an der Stelle betonen, dass wir wissen, dass das alles Geld kostet und dass der Quereinstieg notwendig ist. Ich appelliere aber dennoch an die Tatsache, dass die Qualität von Schule auch in der Situation das entsprechende Geld kostet. Wir haben das nicht durchgerechnet und wissen sehr wohl, dass die Haushälter diejenigen sind, mit denen Sie das aushandeln müssen. Uns liegt am Herzen, dass die Quereinsteiger/innen, die sich dafür entscheiden, das zu machen, bessere Rahmenbedingungen erhalten, um diese anspruchsvolle Aufgabe bewerkstelligen zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Ich danke Ihnen auch! – Herr Professor Dr. Ramseger! Sie haben jetzt das Wort. – Bitte!

Prof. i. R. Dr. Jörg Ramseger (Arbeitsstelle Bildungsforschung Primarstufe; FU Berlin): Vielen Dank für die Einladung! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Senatorin! Verehrte Abgeordnete! Ich möchte mich nur mit einem Satz vorstellen: Ich bin bis zu meiner Pensionierung vor einem Jahr 35 Jahre in der Lehrerbildung an der Universität tätig gewesen, hatte den Lehrstuhl für Schulpädagogik, Schwerpunkt Grundschule, an der FU, habe auch vor geschätzten 100 Jahren mal ein Lehramtsstudium gehabt und habe fünf Jahre lang im Auftrag der Senatorin Lehrer berufsbegleitend in Inklusion an der Freien Universität fortgebildet.

Ich bin einer der Mitautoren dieser Stellungnahme. Kleiner Zwischenruf zum Abgeordneten der AfD: Die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft verfasst keine Brandbriefe. Wir verfassen fachliche Stellungnahmen. – Ich bin Mitautor dieser Stellungnahme, die Ihnen vorliegt und will nur kurz begründen, warum wir diese Stellungnahme auf den Weg gegeben haben. Wir haben extreme Sorgen, insbesondere in Bezug auf die Grundschule. Ich äußere mich nicht zu den Möglichkeiten auf anderen Schulstufen; da gelten andere Bedingungen. In Bezug auf die Grundschule haben wir extreme Sorgen, und wir haben Angst, dass das, was im Moment hier geschieht, was ein Notbehelf ist, der aus versäumter Personalplanung von vor zehn Jahren resultiert, zum Regelfall werden könnte und wir uns daran gewöhnen, dass etwas, was man in Kriegszeiten akzeptieren könnte, in normalen Zeiten womöglich die Norm wird. Davor haben wir Angst, und deswegen haben wir diese Stellungnahme angefertigt.

Ich habe fünf Argumente zur Grundschulpädagogik, fünf Argumente aus bildungspolitischer, hochschulpolitischer Sicht und sechs Veränderungsvorschläge oder Empfehlungen, was man vielleicht tun könnte. Ich versuche es in ganz kurzer Zeit.

Erstes Argument: Die Quereinsteiger/innen – ich habe mich sehr gut kundig gemacht, habe in den letzten Tagen mit vielen gesprochen – haben einen aberwitzigen Stress. Das sind hochmotivierte und in einem Fach auch fachkundige Menschen. Sie haben einen aberwitzigen Stress. Sie haben mir glaubwürdig erzählt, dass sie im Grunde in dieser Zeit, in der sie jetzt sind, bis zum Abschluss des Referendariats und zum Übergang in den Regeldienst im Prinzip sieben Tage die Woche rund um die Uhr arbeiten; sie haben keinen einzigen Ruhetag. Ich glaube, dass es nicht gut ist, wenn Lehrer in der Schule unter wahnwitzigem Stress arbeiten. Schon der Regellehrer hat guten Stress, aber gar keinen Ruhetag über Jahre, das ist schon heftig.

Das Problem ist: Wir wissen, Wissen muss wachsen. Wir leisten uns in Deutschland nicht aus Jux und Tollerei ein zehnsemestriges akademisches Studium, bevor die Menschen in die Praxis geschickt werden, damit das Wissen wachsen kann. Das folgt der Einsicht in die Tatsache, dass Pädagogik im Gegensatz zu Technologien nicht die Anwendung von Methoden auf Werkstücke ist, sondern dass es darum geht, dass Lehrkräfte in der Arbeit Methoden auf Schüler hin interpretieren können müssen, um sich entscheiden zu können, welches das richtige Verfahren in Bezug auf diese Lerngruppe an diesem Standort mit diesen Kindern ist. Dazu brauchen sie Reflexionskompetenz, sie brauchen ein vertieftes Methodenwissen, sie brauchen ein vertieftes theoretisches Wissen auch über die Prämissen und die Konsequenzen der jeweils gewählten Methoden, und das können Sie alles in einem Schnellkurs berufsbegleitend nicht vermitteln. Das Drama dieser Menschen ist nicht der Mangel an Motivation und Fachkompetenz in einem Fach, es ist der Mangel an Fachkompetenz in den anderen Fächern, der dramatisch sein kann, und es ist der Mangel an Denkzeit während ihrer Tätigkeit und während ihrer Nachqualifikation. Ich versuche, es an drei kurzen Beispielen für die Grundschule deutlich zu machen.

Nehmen Sie das Beispiel Alphabetisierung. Die Alphabetisierung von Kindern, die Einführung in die Schriftsprache, kann im Großen und Ganzen vier unterschiedlichen theoretischen Konzeptionen folgen. Es funktioniert nach jeder dieser Konzeptionen, aber wenn ich sie nicht kenne, kann ich mich für keine entscheiden und kann mich auch nicht bewusst entscheiden, dass diese Schülergruppe nach jener Konzeption lernt und jene Schülergruppe vielleicht eine

ganz andere braucht. Um das zu wissen, muss ich die theoretischen Hintergründe der jeweiligen methodischen Konzeption kennen, und dafür brauchen wir normalerweise in der Universität wenigstens zwei Hauptseminare, also eine Ausbildungsthematik über ein ganzes Jahr, damit überhaupt die Hintergründe bewusst werden. Wer das nicht weiß, kann nur eine Methode schnell übernehmen, von der irgendjemand sagt, dass sie funktioniert. Aber ob sie für diese Kinder in dieser Klasse an diesem Ort funktioniert, kann er schon gar nicht mehr entscheiden.

Zweites Beispiel, der Umgang mit Kindern nichtdeutscher Familiensprache, eine Standardaufgabe unserer Lehrkräfte in Berlin: Auch hier gibt es zufällig vier völlig unterschiedliche linguistische Basiskonzepte mit jeweils völlig unterschiedlichen theoretischen Prämissen und völlig unterschiedlichen pädagogisch-praktischen Kompetenzen. Je nachdem, welcher Prämissen ich mich anschließe, muss ich völlig anders handeln. Lehrkräfte, die das nicht kennen, und das lernen sie nicht in dem Schnellkurs, da lernen sie mal zwei, drei Sitzungen lang etwas über Linguistik, Lehrkräfte, die sich damit nicht in Ruhe haben auseinandersetzen können, können möglicherweise in Bezug auf Kinder nichtdeutscher Familiensprache niemals professionell handeln.

Drittes Thema Inklusion: Niemand sollte glauben, dass wir gelingende Prozesse inklusiven Unterrichts mit Lehrkräften erreichen können, die sich nie selbstkritisch mit ihrem Verhältnis zum Menschen mit Behinderungen auseinandergesetzt haben, und das ist schwer. Das ist oft schmerzvoll. Da gibt es unglaubliche Ängste bei den Menschen. Wir fördern solche Auseinandersetzung in unseren Kursen zur Inklusion an der Universität. Es sind schmerzhafte Prozesse, die nicht bei sofortigem Handlungsdruck bewältigt werden können. Auch hierfür brauchen die Menschen Denkzeit und sehr fundiertes Wissen über Behinderung, über Behinderungarten und über die Förderungsmöglichkeiten, die es alle gibt, und das ist hochkomplex. Nichts davon ist in Schnelldurchgängen zu erwerben.

Fünf kurze hochschulpolitische Argumente, wenn Sie mir die Zeit geben: Die Menschen, mit denen ich in den letzten Tagen gesprochen habe, Schulleiter, Schulräte und Quereinsteiger, haben mir glaubhaft versichert, dass es im Hinblick auf die Eingangsvoraussetzungen und die Zukunftsversprechen, die derzeit Quereinsteiger/inne/n in Berlin gemacht werden, einen erheblichen Wildwuchs gibt. Man ist dankbar für jede Menschenseele, die Deutsch spricht und sich bewirbt, so groß ist der Mangel. Wir haben aber das Problem, dass es schon jetzt Studenten gibt, die noch nicht einmal einen Bachelorabschluss haben und trotzdem als PKB-Kräfte eigenverantwortlich regelmäßig Unterricht in Grundschulklassen geben. Die haben noch nicht mal einen Bachelorabschluss. So groß ist die Not. – [Zuruf von Senatorin Sandra Scheeres] – Aber ich könnte Ihnen Namen nennen, Frau Senatorin, entschuldigen Sie! Ich werde sie nicht verpetzen, aber ich könnte. Glauben Sie mir, ich habe mir das nicht ausgedacht, bestimmt nicht! Ich habe keinen Grund, mir etwas auszudenken. – [Zuruf von Senatorin Sandra Scheeres] – Als PKB-Kräfte! Ja, aber sie handeln als eigenverantwortlich Unterrichtende mit eigenen Klassen. Das ist weder mit dem Berliner Lehrerbildungsgesetz noch mit den KMK-Standards für die Lehrerbildung vereinbar.

Ich bin nicht sicher, weil ich kein Verwaltungsjurist bin – die Senatsverwaltung kann das sicher besser beantworten –, ob es überhaupt mit dem geltenden Recht möglich ist, Quereinsteiger ohne laufbahntypischen Ausbildungsweg als Lehrkräfte zu beschäftigen. Das Lehrkräftebildungsgesetz sieht ganz konkrete Wege vor. Ich weiß nicht, ob man die einfach so mit schnellen Maßnahmen umgehen und Menschen einen Master of Education verpassen kann, die nicht den Ausbildungsweg laut Lehrkräftebildungsgesetz durchlaufen haben. Die Verwaltung könnte das nicht tun. Es gibt aus gutem Grund den Grundsatz, dass akademische Abschlüsse nur von Hochschulen vergeben werden können und nicht von Verwaltungen. Ich weiß nicht, ob wirklich schon in jedem Fall geprüft worden ist, was hier geschieht.

Das Nächste: Wenn Quereinsteiger auf der Basis von Schnellkursen jetzt schon unbefristete Anstellungsverträge haben, steht doch zu befürchten, dass die ordentlich ausgebildeten Lehramtsstudierenden des Landes Berlin in wenigen Jahren womöglich vor verschlossenen Schultüren stehen werden, weil die Quereinsteiger die Stellen besetzen. Dann bilden wir jetzt an den Universitäten Studierende für andere Bundesländer aus. Das halte ich nicht für einen klugen Ressourceneinsatz.

Praktische Empfehlungen: Ich schließe mich allen Empfehlungen meines Vorredners in Bezug auf Wochenstunden, auf Entlastung an. Dazu sage ich jetzt nichts weiter, obwohl ich dazu etwas gesagt habe. Es geht darum, den Menschen in der Ausbildung auch Denkzeit zu gewähren.

Ich habe einen ganz harten Punkt, und das betrifft die Alphabetisierung in der Grundschule. Die Einführung in die Schriftsprache erfordert ein fundiertes fachliches und fachdidaktisches Wissen, das in keinem Fall in Schnellkursen erworben werden kann. Mislungene Alphabetisierung ist in der Bildungsbiografie eines Menschen sozusagen der Worst Case. Ich bin ein großer Gegner von Verboten seitens der Bildungspolitik, aber ich erlaube mir, der Senatorin zu empfehlen sicherzustellen, dass Quereinsteiger unter keinen Umständen im 1. Schuljahr eingesetzt werden. Sie können sie ja in anderen Schuljahren einsetzen, ich glaube, im 1. Schuljahr sollten nur ordentlich ausgebildete Grundschullehrer/innen eingesetzt werden.

Wir brauchen zweifellos flexiblere Zugangswege zum Lehramtsstudium und die Möglichkeit der Nachqualifizierung von Quereinsteigern an der Universität. Sie haben in Ihren Unterlagen Material für einen Modellstudiengang, der derzeit an der FU genau dieses versucht, wo Menschen mit allen möglichen Herkünften in einer Art „Individualbeatmung“ ein individuelles Curriculum gestrickt bekommen, das sie nach den geltenden Standards der KMK und nach den geltenden Studienordnungen in zwei Jahren qualifiziert. Wenn sich dieser Modellstudiengang bewähren sollte – und das wissen wir Ende 2019, Anfang 2020 –, sollte man diese Möglichkeiten massiv ausbauen, was aber auch bedeutet, rechtzeitig entsprechendes Lehrpersonal an die Universitäten zu geben. Wir haben leider einen entsprechenden Modellstudiengang zurzeit nicht im Bereich der Grundschullehrerbildung, weil an der Universität die Personalressourcen angesichts der Verdopplung der Erstsemesterzahlen einfach nicht zur Verfügung stehen.

Vorletztes Argument: Wir brauchen meines Erachtens dringend eine professionellere faktenbezogene Lehrerbedarfsplanung auf der Basis von wissenschaftlich erprobten Prognosemodellen. Ich weiß nicht, ob es das schon gibt bei der Senatsverwaltung, ich kann es nicht beurteilen. Aber ich weiß, dass solche Prognosemodelle sehr komplex sind. Es gibt sie für andere Branchen. Ich denke, man sollte mit solchen Modellen vertraute Mathematiker beschäftigen, und das sind eben nicht Verwaltungskräfte, sondern Fachleute für Bevölkerungsentwicklung. Wenn es das schon gibt, ist ja alles gut. Wenn es das nicht gibt – und ich bin nicht sicher, ob es solche Prognosemodelle gibt –, würde ich der Senatsverwaltung raten, entsprechende Forschung ganz schnell in Auftrag zu geben, damit sie entwickelt werden; denn Lehrerbedarfsplanung ist hochkomplex und mit vielen Unwägbarkeiten versehen, wie wir ja in diesem Land wissen.

Letztes Argument: Um die Qualität der Nachbildung der Quereinsteiger/innen, die im Moment läuft, zu erhöhen, bitte ich zu prüfen, ob es angesichts der Not nicht sinnvoller wäre, die Quereinsteiger zunächst nur mit der Fakultas für ein Fach im Schuldienst einzustellen, sie dementsprechend womöglich auch erst mal geringer zu besolden als ordentlich ausgebildete Lehrkräfte, aber ihnen dabei zu ermöglichen, die fehlende Fakultas für das zweite und dritte Fach in einem berufsbegleitenden Studium von ca. vier Jahren Dauer an der Universität in Ruhe zu erwerben, damit sie am Ende genauso gut qualifiziert sind wie die regulär ausgebildeten Lehrkräfte. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke auch Ihnen! – Als Nächste Frau Rietzschel, bitte!

Almut Rietzschel (Bundesarbeitskreis der Seminar- und Fachleiter/innen – BAK –): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Einladung und möchte meine Ausführungen damit starten, dass viele Quereinsteigende fachlich und menschlich eine große Bereicherung für die Berliner Schulen darstellen, dass sie aber nachhaltiger und systematischer qualifiziert werden müssen, als das mit den bisherigen Mitteln möglich ist. Ich möchte mich wie mein Vorredner besonders auf die Situation an den Grundschulen konzentrieren. An den Grundschulen ist nicht nur der Mangel an Laufbahnbewerbern dramatisch, sondern hier werden ja die Weichen für den schulischen und beruflichen Erfolg von Kindern gestellt. Wir Ausbilder in der zweiten Phase beobachten mit großer Sorge, dass gerade an den Grundschulen in schwieriger Lage, also an den Schulen, die ganz besonders hohe Anforderungen an Lehrkräfte stellen, besonders viele Quereinsteigende unterrichten, und ein großer Teil unter-

richtet jahrelang ohne ein qualifiziertes Ausbildungsangebot im pädagogisch-psychologischen Bereich. 80 Prozent der jetzt im August eingestellten Kräfte starten mit einem Fach in den neuen Beruf und müssen erst zwei Fächer nachstudieren, und wenn sie dann zum berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst zugelassen werden, haben sie in der Regel bereits drei sehr anstrengende Jahre hinter sich, Jahre, in denen sie viel geleistet haben. Aber aus Ausbildersicht haben sich in dieser langen unbetreuten Phase viele für einen guten Unterricht eher ungünstige Routinen und Muster eingeschliffen, und diese Routinen und Muster müssen dann im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst mühsam bewusst gemacht und dann auch bearbeitet werden. Es wäre sehr viel einfacher, die neuen Kolleg/inn/en zu Beginn der Trainee phase bei der Einübung günstiger Routinen zu unterstützen.

Damit dies gelingt, fordert der BAK Berlin ein qualifiziertes Ausbildungsangebot für die ersten beiden Umschulungsphasen, nämlich einen sechsmonatigen Vorkurs am Nachmittag in der sensiblen Startphase sowie die Einrichtung von Ausbildungsnavigatoren für die Phase der berufsbegleitenden Studien, wenn sie dann Mathematik und Deutsch am StEPS nachstudieren. Diese Angebote sind verpflichtend, nicht freiwillig wie manche Angebote bisher, und sie finden regelmäßig und kontinuierlich statt, und zwar in der Unterrichtszeit und nicht in den Ferien. In dem sechsmonatigen verpflichtenden Vorkurs, also mit Beginn des Quereinstiegs, soll dringend benötigtes Rüstzeug vermittelt werden, zum einen pädagogisch-psychologisches Wissen, damit die Umschüler/innen im Klassenraum souverän mit allen Herausforderungen umgehen und eine lernförderliche Atmosphäre herstellen können, zum anderen aber auch fachdidaktisches Grundwissen in den besonders relevanten Grundschulfächern Mathematik und Deutsch. Diese Fächer unterrichten die Quereinsteigenden ab dem ersten Tag. Wie genau dieser Vorkurs aussehen könnte, dazu haben wir auch Vorschläge in unserer schriftlichen Stellungnahme unterbreitet.

Das zweite Instrument, das wir fordern, sind Ausbildungsnavigatoren. Sie sollen die Schulleitung bei der Ausbildung der Trainees unterstützen, insbesondere in den beiden Jahren, in denen sie sich fachlich nachqualifizieren. Wir schlagen vor, dass dazu auch die Ermäßigung- und Unterstützungsstunden, die es ja bisher schon im System gibt, gebündelt werden, sodass eben wöchentliche regelmäßige Austauschrunden unter der Leitung besonders engagierter Kräfte oder des Konrektors/der Konrektorin eingerichtet werden können. Diese Austauschrunden bieten ohne Mehrbelastung eine feste Struktur zur Bewältigung schwieriger Situationen im beruflichen Alltag. Das können pädagogische Anliegen sein, das können aber auch fachliche Probleme sein, die mindestens einmal in der Woche bearbeitet werden. Hier lassen sich bestehende Ressourcen schon mal wirksam und effektiv bündeln und bieten eine Möglichkeit, dass auch Quereinsteigende in dieser Phase schon im Unterricht besucht und beraten werden.

Neben dem Vorkurs und diesen Ausbildungsnavigatoren halten wir, die Ausbilder der zweiten Phase, für eine systematische, nachhaltige Unterstützung folgende Punkte für unerlässlich: Das Erste ist ein Bewusstseinswandel. Die Sicherung der langfristigen Unterrichtsqualität – und da schließe ich mich meinem Vorredner an – muss Vorrang haben vor Aspekten der Bedarfsdeckung. Dann fällt eben auch Unterricht aus. Dieser Bewusstseinswandel bedeutet, dass die Quereinsteigenden als Kolleg/inn/en im Trainee status behandelt und vor Überlastung geschützt werden. Bei der Einsatzplanung sollten folgende Punkte berücksichtigt werden: Kein Einsatz in der ersten Jahrgangsstufe bzw. der Schulanfangsphase im ersten Jahr der Berufstätigkeit; kein Einsatz als Klassenlehrkraft im ersten Jahr; und im ersten halben Jahr muss un-

bedingt die Chance eingeräumt werden, guten Unterricht live zu erleben. Die Quereinsteigenden müssen guten Unterricht sehen können, damit sie eine Vorstellung davon haben, welchen Beruf sie ergreifen. Die wertschätzende Haltung gegenüber den Trainees ist das eine, zum Bewusstseinswandel gehört aber auch anzuerkennen, dass nicht jeder Lehrer werden kann. Die Anforderungen an Lehrkräfte müssen sehr viel realistischer als bisher transparent dargestellt werden. Jedes Zeitfenster vor der Vertragsunterzeichnung ist zu nutzen, damit Interessent/inn/en die Motivation für den neuen Beruf hinterfragen. Dazu haben wir in unserer schriftlichen Stellungnahme schon mehrere Möglichkeiten und Optionen aufgezeigt.

Zweitens: Teilzeit zu ermöglichen, reicht nicht aus. Wir fordern eine klare Empfehlung für Teilzeit, denn Quereinsteigende erlernen einen neuen Beruf. Das ist eine Umschulung. Wer als Arbeitnehmer auf einen anderen Beruf umschult, nimmt für die Zeit der Umschulung auch Gehaltseinbußen in Kauf. Deswegen sollten alle Quereinsteigenden intensiv von Schulaufsicht, Schulleitung und Ausbildern in Teilzeit beraten werden. 13 Stunden selbstständiger Unterricht sind genug.

Drittens schlagen wir vor, dass in der Phase des berufsbegleitenden Vorbereitungsdiensts – da sind dann die Quereinsteiger an der Grundschule in der Regel schon im vierten und fünften Ausbildungsjahr – Coaching- und Supervisionsangebote auf freiwilliger Basis angeboten werden. In diesem freiwilligen Format können dann auch Prüfungs- und andere Ängste sowie Konflikte mit Kolleg/inn/en oder Ausbilder/inne/n bearbeitet werden. – Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank auch an Sie! – Frau Siebernick, bitte schön! Sie haben das Wort.

Doreen Siebernick (GEW Berlin): Auch ich bedanke mich für die Einladung und stelle fest, dass das gemeinsame Betrachten des Themas Quereinstieg sowohl in dem Bereich der frühen kindlichen Bildung als auch im Bereich der Schule in dieser Kompaktheit aus meiner Sicht hier das erste Mal besprochen wird. Ich bedauere es sehr, dass der große Schwerpunkt jetzt doch die Betrachtung der Schule ist und insofern der Quereinstieg als Lehrer/in. Mir ist beim Eingangsstatement von Frau Scheeres aufgefallen: Sie haben den Blick in die Kita geworfen, aber wenn wir in die Schule schauen, denken wir alle gemeinsam sofort an Lehrer/innen und sehen den Lernort Schule nicht als einen Ort, in dem sich verschiedene Professionen begegnen. Insbesondere in unseren Berliner Ganztagsgrundschulen – das ist gut und richtig – sind über 8 000 Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen, Sozialpädagog/inn/en im System. Wenn wir von Schule und von Quereinstieg reden, dann ist das ein gemeinsames großes Thema.

Ich will mich zunächst zum Quereinstieg der Lehrkräfte äußern. Ich schließe mich den Voredner/inne/n unbedingt an. Auch wir in der GEW sehen den Einsatz von Hochschulabsolvent/inn/en ohne universitäre Lehramtsausbildung als Notmaßnahme, um dem aktuellen Mangel zu begegnen und den Unterricht sicherzustellen. Jedoch ist die pädagogische und fachliche Qualität des Unterrichts tatsächlich nur durch grundständig ausgebildete Lehrer/innen zu gewährleisten. Die GEW Berlin verkennt nicht – ganz deutlich als Aussage –, dass Quereinsteiger/innen eine Bereicherung im schulischen Alltag sind. Sie bringen Berufs- und Lebenserfahrung mit ein, und das ist vielfach ein Gewinn.

In unserer schriftlichen Stellungnahme haben wir uns auf neun Vorschläge fokussiert, die vielfach in die Richtung meiner Vorredner/innen gehen. Ich will sie benennen; Ihnen liegt die Stellungnahme vor. Ich bitte auch, dass die Stellungnahme an das Protokoll angehängt wird. Es geht mit dem Blick auf die Stadt beim Quereinstieg in allererster Linie um die gleichmäßige Verteilung auf die Regionen. Die hohen Zahlen will ich nicht wiederholen, aber wenn wir uns anschauen, wo die Quereinsteiger/innen ankommen: Ich hoffe, Sie wissen, dass sie vielfach in den sozial benachteiligten Gebieten angekommen, in den Randbezirken, wo es sowieso schwerfällt, die guten, voll ausgebildeten Lehrkräfte einzustellen. An der Stelle braucht es den Blick auf die gesamte Stadt.

Professor Ramseger! Sie haben es so wunderbar „Denkzeit“ genannt. Unser zweiter Punkt ist: mehr Zeit für die eigene Qualifizierung. – Die Zeit brauchen wir und müssen sie auch den Kolleg/inn/en zur Verfügung stellen. Wir brauchen die begleitende pädagogische, didaktische Ausbildung von Anfang an. Es ist alles umfassend erklärt worden.

Viertens: Die Qualität der Ausbildung im Grundschullehramt muss deutlich erhöht werden. Ohne Mathematik oder Deutsch kann keine sofortige Aufnahme in das berufsbegleitende Referendariat erfolgen, ohne Mathematik und Deutsch – ich will das an der Stelle ganz deutlich betonen; da ist alles pädagogisch schon begründet worden, wenn wir in die Grundschulen hineinschauen.

Fünftens: Die Unterstützung in der Schule, Mentor/inn/enstunden sinnvoller einsetzen. – Ich lasse es so stehen, denn es ist alles begründet worden. Die Ausbildung muss für die Kolleg/inn/en im Vordergrund stehen. Die Übernahme der Klassenleitung, die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben, die Übernahme von Fachleitung etc. darf es in der Ausbildung nicht geben, damit die Menschen im Quereinstieg tatsächlich fokussiert ihre Ausbildung nicht nur meistern, sondern auch erfolgreich und mit Lust auf den Beruf abschließen können.

Das Teilzeitreferendariat für Quereinsteiger anbieten. Kapazitäten für berufsbegleitende Studien, Weiterbildung im zweiten Fach, müssen auch dringend ausgebaut werden. Das braucht selbstverständlich auch – wir stellen viele Menschen ein, und das ist gut hier in Berlin, die Deutsch nicht als Muttersprache erlernt haben, die Deutsch als zweite Sprache erlernt haben – für diese Menschen deutliche Verbesserungen und Angebote für die eigenen deutschen Sprachkenntnisse, für die Fachsprachen im eigentlichen Fachunterricht. Das haben wir in unserer Stellungnahme ausführlich formuliert. Insofern versuche ich, es kürzer zu halten.

Ich will das Thema Quereinstieg in der Kita deutlich in die Mitte stellen. Wir wissen alle aus der Analyse der Gestehungskosten, dass die Kitafinanzierung nicht ausreichend ist, die 93 Prozent pauschale Zuweisung, die in den Kitas ankommt. Die entstehenden Löcher durch die pauschale Zuweisung werden vielfach durch die Nutzung von Personalmitteln gestopft. Wir wissen alle, dass die Gruppengrößen vielfach zu groß sind. Wir wissen auch, dass die Regelungen zum TV-L, zum angewendeten Tarifvertrag, deutlich schlechter sind als die Regelungen zum TVöD. Wir wissen, dass diese schlechteren Regelungen für Erzieher/innen Gehaltsunterschiede von bis zu 350 Euro bedeuteten. Wir wissen auch, dass die Berliner Erzieher/innen – ich rede von einer Gruppe von über 28 000 Erzieher/inne/n in Kitas öffentlicher Trägerschaft, freier Trägerschaft, in Schulen, in Jugendfreizeiteinrichtungen, wo überall sie tätig sind –, dass unsere Kolleg/innen nicht nur eine deutliche Wertschätzung ihrer Arbeit verdient haben, sondern dass das auch spürbar werden muss. Jedoch erleben wir die Weichen,

die gestellt wurden: Abschaffung des Elternbeitrages, die Aufweichungen, die Veränderungen des Fachkräftegebots. Bis zu 33 Prozent der Kolleg/inn/en in Kindertageseinrichtungen dürfen jetzt Quereinsteiger/innen sein, sogar Sozialassistent/inn/en. Da widerspreche ich der Senatorin deutlich: Sozialassistent/inn/en sind keine Fachkräfte. Sozialassistent/inn/en kommen ohne jegliche pädagogische Vorbildung. Sie kommen weit unter den Zugangsvoraussetzungen für die volkschulische Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin. Dieser Abschluss ist auch deutlich unter den allgemeinen Voraussetzungen für den Quereinstieg, und doch sollen sie bis zu zwei Jahren die Arbeiten und Aufgaben von Fachkräften übernehmen. Sie dürfen sogar bis zu zwei Jahren ohne jegliche Ausbildung in genau der Tätigkeit von Erzieher/inne/n sein. Ich bitte Sie: All das, was Professor Ramseger für die Grundschulpädagogik gesagt hat, ist für das Sprachlernen in Kita, für das Ausprägen sozialer Kompetenzen genauso elementar, wichtig und entscheidend in dieser Heterogenität der Kinder in unseren Einrichtungen. Das Fundament für gute, erfolgreiche frühkindliche Bildung ist aus unserer Sicht instabil und brüchig. Die implementierten Maßnahmen greifen zu kurz, um in dieser Debatte tatsächlich über Qualitätssteigerungen zu reden. Wir müssen die Qualitätsdebatte in die Mitte stellen, und insofern kann, soll und darf es nicht sein, dass die Quereinsteiger/innen vom ersten Tag an zu 100 Prozent auf den Personalschlüssel angerechnet werden. Das ist falsch. Insgesamt den Personalschlüssel mit 100 Prozent zu berechnen, der nicht wirklich die Fehlzeiten kompensiert, Fehlzeiten, die entstehen durch die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen, dass Kolleginnen krank in die Kitas oder Schule kommen, weil sie das Team nicht allein lassen wollen, die prekären Situationen, die in Urlaubszeiten bestehen – – Also insgesamt ist die Berechnung von Personal noch mal ganz grundsätzlich zu überdenken. Die geplanten Maßnahmen zur Praxisanleitung sind unabdingbar, und das kann nur ein Schritt in der Bewertung und Evaluation zur Verbesserung der Bedingungen in der berufsbegleitenden Ausbildung sein.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Siebernick! Bitte sehen Sie es mir nach, aber Sie sind schon bei zehn Minuten angelangt und Sie überholen mittlerweile den Professor.

Doreen Siebernick (GEW Berlin): Der Professor hatte 13 Minuten; ich hatte die Uhr laufen. – Zum Bereich der Kindertagesstätten ist gar nichts gesagt worden, und zwei Gedanken möchte ich noch einbringen. Fakt ist bei der Betrachtung von Quereinstieg in Kindertagesstätten die hohe Doppelbelastung durch einen Arbeitsvertrag und durch einen Ausbildungsvertrag. Diese passen oftmals nicht. Es entstehen Blockwochen. Die Kolleg/inn/en haben aber einen Arbeitsvertrag zum Teil mit 28 Wochenstunden und müssen, wenn sie zwei Wochen Ausbildungszeit haben, diese Wochenarbeitszeit zusätzlich herausarbeiten. Da entstehen Belastungssituationen von über 50 Stunden Arbeitszeit in einer Woche. Das geht einfach nicht. Es fehlen Kontrollmechanismen, weil Arbeitsverträge oft unterhalb des Mindestlohns gesetzt sind. Kolleg/inn/en arbeiten auf der Basis von Minijobs über 20 Stunden, insbesondere bei freien Trägern, entgegen dem Teilzeit- und Befristungsgesetz und scheinbar ohne Berücksichtigung der Ausbildungssituation. Von daher werden die Kolleg/inn/en vielfach in prekäre Situationen gezwängt. Das macht den Beruf weder attraktiv, noch können solche Bedingungen anlocken. Ich bitte: Nehmen Sie sich Zeit, das wirklich in Ruhe zu bewerten, denn die frühkindliche Bildung – – Ich habe jetzt nichts zu den Ausbildungsbedingungen im Bereich der Grundschule gesagt. Auch da gibt es ganz viel, was wir berichten können. Das steht vertieft in unserer Stellungnahme. Bitte beachten Sie die. – Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Auch Ihnen herzlichen Dank, Frau Siebernick! – Wir kommen jetzt zur Aussprache; Frau Dr. Lasić als Erste. – Bitte schön!

Dr. Maja Lasić (SPD): Vielen Dank an Sie alle, dass Sie zu uns gekommen sind und diese zwar kritische, aber vor allen Dingen konstruktive und mit konkreten Vorschlägen untermauerten Stellungnahmen abgegeben haben. Die helfen uns wirklich sehr bei unserer weiteren Arbeit.

In der Beurteilung der Lage, in der wir jetzt sind, ist die Frage, wie wir in die Situation gekommen sind, dass wir jetzt so viele Quereinstiegende habe. Es ist unsere Rolle, als SPD anzuerkennen, dass es vor zehn Jahren, als es darum ging, die Ausbildungskapazitäten zu steigern, Versäumnisse gab. Seit einigen Jahren, in der jetzigen Konstellation der Verwaltung, ist man dabei, Stück für Stück diese Versäumnisse nachzuholen. Ich glaube, dass wichtige Weichen gestellt worden sind, damit wir in absehbarer Zeit in einigen Jahren aus dieser Lage herauskommen, denn unser Anspruch muss sein, wieder den kompletten Bedarf durch voll ausgebildete Lehrkräfte zu decken. Die Aufstockung der Ausbildungskapazitäten, aber auch die Angleichung der Gehälter sind wichtige Elemente dabei, die anerkannt werden müssen. Sie haben aber eben auch alle die Realität anerkannt, vor der wir stehen, dass wir um Quereinstiegende nicht herumkommen. Ich lese aus Ihren Stellungnahmen verschiedene Bausteine. Einige Sachen wurmen mich, wie zum Beispiel die Mentoringstunden, auf die Herr Bublys eingegangen ist. Inwiefern kommen Mittel, die wir schon in das System gegeben haben, dort an? Das ist eine Frage, die wir mitnehmen: Wie sorgen wir dafür, dass bereits bereitgestellte Mittel tatsächlich sinnvoll für das verwendet werden, wofür sie gebraucht werden? Ist die Bündelung der Wege – – Darüber werden wir uns austauschen müssen. Das entscheidende Element sehe ich in der Erleichterung von diesem Sprung ins kalte Wasser, der in dem Moment stattfindet, in dem die Quereinstiegenden an die Schulen kommen. Ich kann mich mit denen stark identifizieren, weil ich selbst über das analoge System an die Schule gekommen bin und damals verschiedene Unterstützungselemente genießen durfte. Daher habe ich zu vielen Aspekten, die Sie genannt haben, eine sehr hohe Affinität, sei es diese Vorbereitung im Vorfeld des Einsatzes, damit man überhaupt ein Verständnis davon hat, wie Unterrichtsgestaltung oder pädagogische Konzepte funktionieren. Eine Absenkung der Verantwortung halte ich auch für sehr relevant. Ein Problem mit Teilzeitmodellen sehe ich dem Moment, dass der finanzielle Anreiz der vollen Besoldung ein entscheidendes Element ist, für das sich Quereinstiegende, die schon mitten im Leben stehen, entscheiden. In dem Moment, in dem sie sich für Teilzeit entscheiden, entscheiden sie sich für eine Absenkung des Geldes. Das ist die Herausforderung dabei. Ob eine Flexibilisierung der Teilzeit ein Weg wäre – – Die Doppelsteckung ist an mehreren Stellen genannt worden, die Möglichkeit, indem man guten Unterricht miterlebt, ein Gefühl dafür zu bekommen, was ein guter Unterricht ist.

Meine Frage richtet sich an Sie, denn Sie sind diejenigen, die mit dem begrenzten Haushalt eine Priorisierung innerhalb der Maßnahmen vornehmen müssen. Wenn Sie sich für eine Maßnahme entscheiden müssten, wenn es um die Erleichterung bei diesem Aufprall geht: Was würden Sie für einen entscheidenden Hebel halten? Ist das die Begleitung im Unterricht selbst? Ist es die Vorbereitung im Vorfeld? Ist es die Absenkung der Verantwortung selbst? Eine hypothetische Situation, aber wenn man sich für eines entscheiden müsste: Was halten Sie für das Entscheidende unter dem ganzen Phänomen?

Die letzte Frage ist an Frau Siebernick gerichtet. Sie sprechen mir aus der Seele. Ich bin Abgeordnete aus dem Wedding, habe damit ein hohes Interesse an Schulen in stark sozial belasteten Gebieten und mache mir große Sorgen, wenn es um die Verteilung der Quereinsteiger über die Stadt und das Gefälle unter den Schulen geht. Sie haben eben über die Notwendigkeit einer anderen Verteilung gesprochen. Aber wenn es um die Lösung geht, in welche Richtung müssten wir angesichts aller Herausforderungen denken, wenn es um eine gerechtere Verteilung der Lehrkräfte in diesen Gebieten geht? Es ist alles schon in verschiedenen Runden besprochen worden. Sollte man sogar so mutig sein, in Richtung finanzieller Anreize für Lehrkräfte zu denken, damit sie bewusst freiwillig in die Brennpunkte gehen? Ich möchte Ihre Ideen hören, in welche Richtung es gehen muss. Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Als Nächste Frau Bentele, bitte!

Hildegard Bentele (CDU): Vielen Dank an die Anzuhörenden! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme mir gerade vor wie: Die Hausaufgaben wurden nicht gemacht, deshalb sitzen wir jetzt alle kollektiv nach. Diese Vorschläge, die hier vorgetragen wurden, haben wir alle in unseren Anträgen und auch in den Plenardebatten vorgestellt, wo gesagt wurde, das sei alles nicht zielführend. Ich freue mich sehr, dass wir jetzt aus Expertenmund fast Wort für Wort das hören, was wir Ihnen am 19. Oktober und auch schon im September vorgeschlagen haben. Aber wenn es der Sache dient, dann ist das ja alles sinnvoll, und dann machen wir das alles noch mal. Ich bin nur etwas erstaunt. Ich hoffe nicht, dass sich das alles jetzt auf eine Maßnahme reduziert, die sich die Koalition dann ausdenkt. Das wäre angesichts der komplexen Problemlage, die uns gerade vorgetragen wurde, absolut nicht zielführend. Es wurde auch gesagt, das sei alles schon in Planung seitens des Senats, die Senatorin sagte, Teilzeit solle möglich sein, eine neue inhaltliche Ausgestaltung der Seminare sei jetzt angedacht, und es gibt diese zweiwöchigen Crashkurse. Wenn das der Stand der Planungen ist, dann sind wir noch gar nicht weit. Ich glaube, wir müssten in diese Diskussion ganz tief einsteigen und die vielen verschiedenen Aspekte aufnehmen, die hier genannt wurden.

Ich habe noch eine Frage – wie gesagt, wir sind schon ein bisschen weiter in der Diskussion. Herr Prof. Ramseger, Sie sagten, dass es Probleme gäbe – das habe ich auch schon ein bisschen herausgehört – an den Universitäten, die große Anzahl von Studierenden jetzt auch entsprechend mit Lehrpersonal, mit Angeboten zu versorgen. Ich habe da auch nicht mehr rausbekommen können, aber können Sie uns vielleicht ein bisschen weiterhelfen in der Frage, welcher Zuwachs an Lehrpersonal dem Zuwachs an Studienplätzen 2016 gegenübersteht und inwieweit das abgedeckt werden kann. – So viel erst mal dazu.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Dann Frau Seidel, bitte!

Katrin Seidel (LINKE): Vielen Dank! – Auch von meiner Seite herzlichen Dank an die Anzuhörenden. Wir sehen, das ist ein hochbrisantes Thema. Vielen Dank für Ihre Vorträge und Vorschläge! Ich habe noch eine Anmerkung und einige Nachfragen. Zum einen ist der Begriff „Notmaßnahme“ gefallen – sowohl im Grundschulbereich als auch für den Kitabereich. Es ist natürlich so, dass wir alle nicht wollen, dass diese Maßnahmen, die jetzt umgesetzt werden, später mal der Regelfall werden. Wir wollen alle keine qualitativen Absenkungen, und uns ist allen klar, dass auch die Erhöhung des Anteils von nicht fertig ausgebildeten Erzieher/inne/n im Kitabereich auf 33 Prozent nur eine Übergangslösung sein kann, die wir jetzt zähneknirschend mittragen müssen, weil wir eben eine solche Mangelsituation, was Fachkräfte in den

Kitas betrifft, haben. Das wollte ich nur noch mal vorausschicken. Das ist nicht das, was in der Zukunft Bestand haben wird, sondern nur erfolgt, um hier eine Übergangslösung herbeizuführen.

Ich habe eine Nachfrage in Richtung Senat oder Senatorin, auch weil Sie, Frau Siebernick, noch einmal den Fall der Sozialassistent/inn/en angesprochen haben, die ja bis zu zwei Jahre in der Kita arbeiten dürfen, ohne eine Ausbildung anfangen zu müssen. Also nach zwei Jahren spätestens muss die Ausbildung angefangen werden. Von welchem Umfang reden wir hier eigentlich? Mich würde interessieren, wie diese Möglichkeit genutzt wird. Insgesamt würde mich interessieren – vielleicht können Sie das auch beantworten –, inwieweit diese 33-Prozent-Regelung in der Praxis überhaupt ausgenutzt wird. Ich weiß nicht, wer das beantworten kann. Ich weiß nämlich von den Eigenbetrieben Nordost, dass sie das nur bis zu 4 Prozent in Anspruch nehmen, weil sie auf dem Standpunkt stehen, dass sie besser ausgebildete Leute einstellen möchten. Also es wird sehr unterschiedlich in Anspruch genommen. Zu erfahren, wie hier der Stand der Dinge ist, ist wichtig für unsere weiteren Beratungen.

Dann habe ich noch eine Frage an die Kollegin von der GEW. Ein wichtiger Aspekt für die Attraktivität des Berufs ist natürlich auch eine bessere Bezahlung. Die letzten Tarifverhandlungen TV-L sind zwar passiert, aber wir können nicht bestätigen, dass 80 Euro mehr für eine Erzieherin, 100 Euro mehr für eine Sozialarbeiterin, die unter den TV-L fällt, uns befriedigen kann angesichts der Tatsache, dass in anderen Bereichen ja die Gehälter – auch sinnvollerweise – ansteigen. Die Entgeltordnung für die Sozial- und Erziehungsberufe soll bis 2019 dahingehend geändert werden, dass hier relevante Verbesserungen zu spüren sind. Können Sie uns etwas darüber sagen, wie da der Stand der Verhandlungen auf Bundesebene ist und ob auch im Land Berlin Aktivitäten stattfinden, damit diese Entgeltordnung dann wenigstens bis 2019 fertig wird?

Ich habe auch noch eine Frage an Frau Rietzschel und Herrn Ramseger. Sie haben beide vehement darauf hingewiesen, dass Quereinsteigende auf keinen Fall in den ersten Klassen eingesetzt werden sollen. Da würde mich doch sehr interessieren, woher diese Vehemenz kommt, und ich würde Sie bitten, darauf noch ein bisschen näher einzugehen. Ich erkläre mir das so, dass natürlich die jungen Schüler, die in die Schule kommen, besondere Aufmerksamkeit brauchen, ähnlich wie das ja auch in der Kita schon der Fall ist. Begründen Sie das damit, dass die Herausforderungen hier am größten sind, oder was für Erfahrungen gibt es da, die Sie dazu bewegen, das hier so vehement zu fordern? Zum anderen wüsste ich gern noch, ob es auch Erfahrungen mit Leuten gibt, die pädagogische Abschlüsse aus anderen Ländern, also ausländische pädagogische Berufsabschlüsse haben, und ob Sie hier vielleicht einen Verbesserungsbedarf bezüglich der schnelleren Eingliederung in unseren Schul- oder Kitaalltag sehen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Frau Kittler, Sie sind dran!

Regina Kittler (LINKE): Vielen Dank! – Ich habe zunächst einige Fragen an den Senat. Ist dem Senat das bekannt gewesen, was hier vorgetragen wurde, nämlich dass im Rahmen des PKB z. T. Kräfte ohne Bachelorabschluss eingesetzt werden? Wie kontrolliert der Senat, wie die Ermäßigungsstunden in den Schulen verwandt werden, die für die Betreuung und die Zusammenarbeit mit den Quereinsteiger/inne/n vorgesehen sind? Es sind ja immerhin zwei

Stunden. Wir haben hier einen deutlichen Vorwurf gehört, und da möchte ich schon wissen: Ist das bekannt, und wird das kontrolliert?

Des Weiteren möchte ich die Frage bezüglich der Vorbereitung der Verhandlungen für die Entgeltordnung 2019 auch dem Senat stellen. Welche Rolle sehen Sie dort für sich? Welche Möglichkeiten sehen Sie, zusätzliche Kapazitäten – die Vorschläge laufen ja darauf hinaus – bereitzustellen? Ich muss dazu sagen: In Anerkennung aller Probleme, die hier vorgetragen werden – ich selbst bin Lehrerin, ich weiß, worüber hier geredet wird –, kennen wir trotzdem alle die schwierige Situation. Herr Bublys hat auch darauf hingewiesen. Insofern ist es wichtig, überhaupt die Aussage zu treffen: Was für zusätzliche Kapazitäten gibt es? – Klar ist, wenn die Quereinsteiger/innen, die wir in Not in unsere Schulen aufgenommen haben, weniger arbeiten, müssen wir noch mehr einstellen, und dann brauchen wir natürlich auch noch mehr Betreuungsstunden. Insofern ist das nicht nur eine Frage des Geldes, sondern selbstverständlich auch eine Frage der Kapazitäten, also personeller Kapazitäten.

Dann würde ich gern an Herrn Prof. Ramseger die Frage stellen – und gerne auch an die anderen, wie sie das sehen –: Sie haben ja darauf verwiesen, dass Sie an der FU diesen Modellstudiengang Master im Aufbau auch Menschen mit fachfremden Bachelorabschlüssen anbieten. Wie sehen Sie die Möglichkeit, an den Hochschulen von Berlin ein Zusatzstudium auch bei schon erfolgtem Masterabschluss einzurichten? Die, die im vorigen Jahr schon in diesem Ausschuss waren, erinnern sich: Wir waren in Italien und haben dort erfahren, dass die prinzipiell ganz anders ausbilden. Sie machen erst ein Fachstudium, und dann müssen sie noch zwei Jahre zusätzlich Pädagogik, Psychologie, Methodik usw. studieren, und erst dann gehen sie in die Schule. Ob nun ein Jahr oder zwei Jahre, das müsste man diskutieren, aber was halten Sie davon, hier Nachverhandlungen – ich weiß, dass die Hochschulverträge bereits verhandelt sind –, aber hier Zusatzverhandlungen mit den Hochschulen aufzunehmen? Ich stelle auch dem Senat die Frage, inwiefern er hier Möglichkeiten für Nachverhandlungen mit den Hochschulen sieht, und zwar in beide Richtungen, sowohl in die Richtung, was die FU gerade als Modellstudiengang macht, als auch in Richtung Zusatzstudium.

Eine Sache möchte ich hier wirklich sehr unterstützen. Alle, die ein Lehramtsstudium hinter sich gebracht haben, wissen, wie wichtig es ist, beispielgebenden Unterricht zu erleben, also anzuschauen, zu hospitieren, das auszuwerten bzw. selber hospitiert zu werden und eine entsprechende Auswertung zu bekommen, damit man zukünftig Fehler vermeidet. Ich möchte ausdrücklich unterstützen, dass wir in dieser Frage weiterkommen müssen.

Die Frage nach der verpflichtenden Weiterbildung würde ich auch gern noch an den Senat stellen. Wie bewerten Sie, noch eine verpflichtende Weiterbildung anzufügen, so wie das hier auch gefordert wurde?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Als Nächste ist Frau Burkert-Eulitz dran.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank an alle, dass Sie uns Ihre Expertise zur Verfügung stellen! Zum Bereich Kita habe ich an die Senatsverwaltung die Frage: Wir haben ja lange Zeit darüber diskutiert, dass das dritte Ausbildungsjahr bei einer Vollausbildung auch finanziert wird. Es ist ja über die Agentur bis dato nur möglich gewesen, eine zweijährige Ausbildung zu machen. Wie ist da der Stand der Dinge? Ich weiß, dass bundesweit auch diskutiert wird, die Erzieher/innen/ausbildung wieder zu einer dualen Berufsausbildung zu ma-

chen, um da auch die entsprechenden Zugänge abzusenken. Wie ist die Meinung des Senats zu dieser Thematik?

Ich würde gern klarstellen, dass der Antrag der CDU sich vor allem mit der Frage befasst hat, dass Quereinsteigende nicht den Leistungskursen an Gymnasien sozusagen zugemutet werden dürfen. Das Thema Grundschule, das das brennende ist, habe ich da nicht gefunden. Deswegen haben wir das zum Anlass genommen, dazu eine Expert/inn/enanhörung zu machen, um uns umfänglich zu informieren und daraus Handlungsaufträge für uns zu entwickeln.

Ich habe auch die Frage zum Bereich der ersten Jahre in der Schule und wann und unter welchen Umständen Quereinsteigende dort unterrichten können. Es sind ja nicht nur die 1. Klassen. Wie sehen Sie das für den Bereich JüL, der ja noch in einem größeren Umfang vorhanden ist? Da kann man ja nicht wirklich differenzieren. Können Sie uns sagen – was Frau Seidel schon vorgetragen hat –, aus welchen Gründen es fachlich nicht gut wäre? Da wäre die Frage an die Senatsverwaltung, wie das derzeit gehandhabt wird, ob es dazu Regelungen gibt. Ich weiß aus Gesprächen zumindest, dass es in Schulen wohl unterschiedlich gehandhabt wird. Gibt es dazu eine fachliche Stellungnahme des Senats, hat es irgendeine Verbindlichkeit, oder ist es jeder Schule freigestellt?

Dann würde ich gern jede/n von Ihnen bitten, die drei wichtigsten Prioritäten und Maßnahmen – bei Frau Siebernick im Bereich Kita und/oder Schule und bei den anderen im Schulbereich – zu nennen. Ich finde es interessant, dass gesagt wird, im Zweifel soll Unterricht ausfallen. Das sind zwei Enden, die vielleicht noch nicht so ganz zusammenpassen. Denn wenn wir entsprechende Stundenzahlen absenken – das haben wir ja bis dato auch immer diskutiert –, führt es im Zweifel dazu, dass man noch mehr Menschen mit ins System holen muss, wo wir sagen, dass deren Voraussetzungen gar nicht dafür ausreichen, um schon entsprechend qualitativen Unterricht zu geben. Wir haben gleichzeitig die Diskussion, dass wir die Qualität der Berliner Schulen weiter steigern und im Kitabereich das Erreichte nicht absenken wollen. Das sind für mich zwei Seiten, die man gewichten muss. Da würde mich interessieren, was Sie uns empfehlen, wie man beides in Einklang bekommt. Die Situation ist jetzt so, wie sie ist. Deswegen finde ich es interessant, Ihre Meinung dazu zu hören. Ich habe auch noch die Frage, ob z. B. die Ausbildungsnavigatoren und -mentoren in der VV Zuordnung noch mal extra verbindlich als feste Funktionszuordnung festgeschrieben werden sollen.

Von Herrn Prof. Ramseger würde mich noch interessieren, wie diejenigen, die bei Ihnen den Q-Master machen ihren Lebensunterhalt finanzieren, ob die nebenher noch als PKB-Lehrkräfte in der Schule arbeiten oder wie sie sich ansonsten ihren Lebensunterhalt sichern. Die Problematik ist, dass diejenigen, die schon im Berufsleben standen, ja immer in der Situation sind, wo sie eine für sich und in der Regel auch noch für andere den Lebensunterhalt sichern- de Tätigkeit ausüben müssen. Für die ist natürlich die Abwägungsfrage, wie weit sie bei einer Reduzierung von Stunden, Teilzeit gehen können, weil – Thema: Mieten in dieser Stadt, Lebenshaltungskosten usw. – auch eine gewisse Absicherung ihrer Lebenssituation damit verbunden ist.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Wir haben noch vier Wortmeldungen. Die möchte ich auch aufnehmen mit der Bitte, gestellte Fragen vielleicht nicht noch mal zu wiederholen. Es wird nicht besser. Wir haben noch eine Auswertung einer Anhörung. – Bitte schön, Herr Wild, Sie haben das Wort.

Andreas Wild (fraktionslos): Ich fasse mich kurz. – Vielen Dank für Ihren Vortrag! Es gibt ja die alte Erkenntnis: Lehrjahre sind keine Herrenjahre. Insofern ist natürlich klar, dass man, wenn man eine Ausbildung macht, immer etwas mehr arbeitet als jemand, der schon in der Arbeit drin ist, und auch ein bisschen weniger Geld kriegt. Das finde ich jetzt nicht weiter dramatisch. Ich finde es toll, dass wir Leute finden, die Quereinsteiger sein wollen, die unsere Leerstände an Lehrern hier ersetzen können. Aber dass Ausbildungsinstitute immer daran interessiert sind, sich selbst zu vergrößern, Lehrgänge zu verlängern, Stunden zu verringern, um dadurch die Länge zu steigern, ist nichts ganz Neues. Das Ganze kostet aber eben Geld, und da muss man jetzt überlegen: Was lohnt sich, und was lohnt sich nicht? So, wie ich das bisher gesehen habe, ist das schon ein ganz vernünftiger Modus, wie die Leute ausgebildet werden, insbesondere deswegen, weil die Leute, die Quereinsteiger sind, ja schon berufliche Erfahrung haben und keine völlig unbeleckten Abiturient/inn/en sind, die gerade in den Beruf gehen. Vor allem bei den Leuten, die in den Kindergarten gehen, finde ich dieses berufliche Ausbildungsdefizit nicht so groß, weil es im Kindergarten neben der Bildung, um die es ja in der Schule geht, auch um Betreuung, einfach um Aufpassen geht. Da brauche ich nicht unbedingt besonders gebildet zu sein. – [Zurufe von der LINKEN und den GRÜNEN] – Ich habe sieben Kinder, wahrscheinlich habe ich mehr als Sie.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Wild! Stellen Sie doch einfach Ihre Fragen!

Andreas Wild (fraktionslos): Mache ich doch, ich werde gerade unterbrochen. – Also eine Frage an die Dame von der GEW: Sie hatten gesagt, dass es für Sie besonders wichtig ist –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Können wir bitte zur Ruhe kommen, damit wir auch hören können, wie die Fragestellungen sind. – Bitte schön, Herr Wild!

Andreas Wild (fraktionslos): Ein bisschen Heiterkeit ist ja gar nicht so verkehrt hier in diesem Hohen Hause. – [Regina Kittler (LINKE): Wir sind nicht heiter! Das haben Sie völlig falsch verstanden!] – Ich habe ja auch von mir gesprochen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Darf ich bitte noch mal um Ruhe bitten und Herrn Wild nochmals um die Fragen. – Bitte schön!

Andreas Wild (fraktionslos): Frau Siebernick! Sie haben gesagt, dass Sie es besonders erstrebenswert fänden, wenn wir ausländische Lehrkräfte hier beschäftigen, und da sprechen Sie wahrscheinlich nicht von Südtirolern oder Österreichern, sondern von Leuten, die der deutschen Sprache als Muttersprache nicht mächtig sind. Ich habe letztens einen Radiobericht über eine Syrerin gehört, die in einer Schule unterrichtet und radebrechend auf die Schüler losgelassen wurde. Gerade in Anbetracht der Situation in Berlin, wo wir viele oder praktisch ausschließlich Klassen mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund haben, finde ich es unverantwortlich, dass wir nicht muttersprachliche Deutsche in den Lehrberuf oder auch in den Kitabetreuungsbereich schicken. Die Frage ist: Wie können Sie das rechtfertigen, wenn Sie das besonders befürworten?

Dann noch eine Frage an Herrn Dr. Ramseger. Die Forderung, dass unsere Lehrer Deutsch sprechen, werden Sie wahrscheinlich auch unterstützen, aber ich frage mich: Können Sie von unseren Lehrern oder den in Ausbildung befindlichen Lehrern verlangen, dass sie deutsch

sprechen, wenn Sie selber – alle, die Sie da sitzen – kein ordentliches Deutsch sprechen, indem Sie von „Quereinsteigenden“ oder „Studierenden“ sprechen, was ja offensichtlich kein richtiges Deutsch ist. – Danke schön!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Lieber Herr Fresdorf! Sie sind dran. Bitte schön!

Paul Fresdorf (FDP): Hätten Sie mich mal eben drangenommen, dann hätten wir uns einiges erspart. – Ich möchte mich auch bei Ihnen ganz herzlich bedanken für Ihre Ausführungen und vor allem dafür, dass Sie alle nicht nur mit einer klaren Haltung, sondern mit konkreten Vorschlägen hierhergekommen sind, wie wir aus dem Thema rauskommen und wie man den Quereinstieg in Berlin verbessern kann. Das ist ein ganz toller Ansatz, den Sie hier mit reingebraucht haben. Viele Ihrer Vorschläge teile ich. Ich denke, Sie stimmen mir zu, wenn ich sage, das Fundament für den Wohlstand unserer Gesellschaft ist eine gute frühkindliche und überhaupt eine gute Bildung. Nach Ihren Ausführungen habe ich noch mehr Sorge als zuvor, dass dieses Fundament erhebliche Risse bekommt, und ich frage mich, wie lange dieses Fundament uns alle noch tragen wird. Frau Dr. Lasić sagte, es seien die richtigen Weichen gestellt. Meine Nachfrage an Sie vier ist: Sehen Sie das auch so, dass die richtigen Weichen gestellt sind für den Bereich, um unser Fundament weiterhin tragbar zu erhalten? Sie haben auch ausgeführt, Herr Prof. Ramseger: Lieber mehr Ausfall als noch mehr Quereinsteiger. – Das ist natürlich eine sehr gewagte Aussage, die Sie da getroffen haben, und zeigt, wie schwierig die Situation sich anscheinend darstellt. Meine Frage an den Senat ist, ob Sie eine Vorstellung haben, was für einen Unterrichtsausfall wir hätten, würden wir keine Quereinsteiger beschäftigen. Das würde mich nach diesen Ausführungen brennend interessieren, um ein Gefühl zu bekommen, wie das aussieht.

Frau Siebernick hat dankenswerterweise die Rolle übernommen, zum Thema Erzieher/innen zu sprechen, und hat deutlich darauf hingewiesen, dass es nicht nur in den Kindertagesstätten so ist, sondern wir auch viele tolle Erzieher/innen an den Berliner Schulen haben. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir da ein Gehaltsthema haben – ganz klar. Ich habe, glaube ich, schon drei- oder viermal gesagt: Wenn ich ein Erzieher bin, der in Spandau wohnt, und die Wahl habe, ob ich nach Lichterfelde fahre und da in einer Kita arbeite oder nach Velten, dann entscheide ich mich sicherlich eher für Velten, weil ich da 400 Euro mehr verdienen für die gleiche Tätigkeit. Das ist ein großes Problem, warum wir u. a. diesen Erziehermangel in der Stadt haben. An das Thema müssen wir ganz dringend ran. Ich würde Sie, Frau Siebernick, gern noch mal fragen – ich habe eingangs unseren Antrag Qualifizierung für Quereinsteiger vier Wochen vor Eintritt in die Kita eingebracht –: Wie bewerten Sie das? Würden Sie das als wirkungsvolles Instrument sehen, um den Quereinsteigern in der Kita zu helfen, besser in diesen Berufsalltag zu starten als ohne eine solche Vorbereitung? – Dann war's das erst mal von mir. Vielen Dank!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Danke, Herr Fresdorf! – Jetzt Herr Simon, bitte!

Roman Simon (CDU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Herzlichen Dank an die Anzuhörenden auch von meiner Seite! Da ich familien- und jugendpolitischer Sprecher bin, habe ich lediglich eine Bemerkung und eine Frage an Frau Siebernick, da ich das beherzige, was die Ausschussvorsitzende gesagt hat, und keine Fragen wiederholen möchte, die schon gestellt worden sind. Erst mal freue ich mich sehr, dass auch Sie auf die Diskrepanz der Bezahlung nach TV-L und nach TVöD hingewiesen haben. Wir als CDU hatten das sogar in unse-

rem Wahlprogramm, weil wir der Meinung sind, dass es langfristig zur Attraktivitätssteigerung wichtig ist, dass wir hochkommen mit den Erziehergehältern. Das, was Herr Fresdorf gesagt hat, kann ich da nur unterstreichen. Meine Frage: Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme zum Bereich Schule darauf hingewiesen, dass es zurzeit keine gleichmäßige Verteilung auf die Regionen gibt, und vorgeschlagen, dass das mitberücksichtigt werden soll. Sie haben das auch mündlich ausgeführt. Zum Thema Kita haben Sie das nicht getan. Darf ich Sie dann so verstehen, dass es dort kein erhebliches Problem bei der regionalen Verteilung gibt?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Czaja, Sie haben das Wort!

Mario Czaja (CDU): Ich möchte mich auch an die Maßgabe der Vorsitzenden halten, dass wir kurz bleiben, aber an der Stelle zur Frage von Herrn Fresdorf noch mal kurz nachfragen. Herr Prof. Ramseger, Sie haben gesagt, wir lösen jetzt die Probleme, die aufgrund mangelnder Planung in den letzten zehn Jahren entstanden sind, und deswegen sind wir in einer enormen Notsituation. Alle anderen haben dies bestätigt. Die Frage bleibt jedoch bei der Lösung der jetzigen Notprobleme, ob aus Ihrer Sicht bereits jetzt in den Fragen der Hochschulvoraussetzungen und vieler anderer Dinge mehr die Dinge so gelöst sind, dass wir in fünf oder zehn Jahren nicht die gleichen Problemlagen bekommen, insbesondere aufgrund der Veränderung der Alterspyramide bei den Beschäftigten, bei den Lehrern und bei den Erziehern.

Eine zweite Frage, an die GEW: Sie haben ein paar Dinge zum Thema Bezahlung gesagt. Ein Thema blieb aus meiner Sicht ein bisschen außen vor, das war die Differenzierung der Gehälter zwischen den anleitenden Lehrern und denen, die im Quereinstieg in den Beruf kommen. Sehen Sie da bereits Konflikte auf uns zukommen, die mir zumindest an unterschiedlichen Stellen zugetragen werden, weil anleitende Lehrer geringere Entgelte erhalten als die Lehrer, die im Quereinstieg kommen? Welche Lösungsvorschläge haben Sie dafür unterbreitet?

Ein letzter Punkt, den Sie angesprochen haben, zur fröhkindlichen Erziehung und der Frage der Verteilung der Erzieher in den Kitas. Kollege Simon hat es kurz angesprochen. Welche Wege sehen Sie denn, um eine sozialräumliche Steuerung bei den Quereinstiegern vornehmen zu können, um nicht eine monozentrische Ausrichtung der Lehrer in den Gebieten zu haben, in denen die sozialen Rahmenbedingungen so sind, wie sie sind, vor allem auch der Erzieher? Mit welchen Instrumenten könnte man das politisch lösen, unabhängig von der Frage, die Herr Kollege Fresdorf angesprochen hat, dass er lieber nach Velten gehen würde und nicht lokalpatriotisch in Spandau bleibt, was er den Wähler/inne/n da dann noch erklären muss, warum er das aus seiner eigenen Annahme nicht machen wird. Aber das sei eine nicht zielführende Nebenbemerkung in Sachen Spandau hier in diesem Raum gewesen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Es war eine ganze Reihe von Fragen. Wir fangen mit dem Senat an, denn es gab sehr viele Fragen in Ihre Richtung. Frau Senatorin, Sie möchten starten? – Bitte schön!

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam): Ich möchte starten. Es gab einige Fragen, die an den Senat gerichtet waren. Wir teilen uns hier auf. Zum einen würde ich gern etwas zur Bezahlung der Erzieher/innen und der Sozialpädagog/inn/en sagen. Ich hatte hier schon in den Zusammenhängen dargestellt, dass wir im Rahmen der Verhandlungen der Tarifgemeinschaft der Länder vonseiten des Landes Berlin einen Schwerpunkt auf die sozialen Berufe gelegt haben, auf Erzieher/innen, aber auch Sozialpädagog/inn/en. Die 80 bzw. 100 Euro sind ein

erster Schritt gewesen. Ich kann von meiner Seite aus sagen, dass das nicht das Ende sein darf. Deswegen finde ich es richtig, dass wir – Sie sprachen es gerade an – 2019 da eine Tür offenhaben, um noch mal über diese Themen zu diskutieren, und ich gehe stark davon aus, weil es auch die Position bei den letzten Verhandlungen war, dass wir hier wieder einen Schwerpunkt auf die sozialen Berufe legen, dass hier ein weiterer Sprung stattfinden kann. Ich finde, dass das dringend notwendig ist in diesem Zusammenhang.

Dann zum Thema Hochschulen und Finanzierung und: Wie sieht es aus mit den zusätzlichen Professorenstellen usw.? Was jetzt getan wurde im Rahmen der Hochschulverträge, war, dass wir diese völlig anders aufgestellt haben, was das Thema der Lehrerausbildung angeht. Früher war es so: Man hatte bestimmte Themenfelder, und dann ist das Geld pauschal an die Hochschulen gegangen. Jetzt haben wir ganz klar zum einen die Verdoppelung der Absolventenzahl, aber auch eine klare Aufteilung Grundschulbereich, berufliche Schulen usw. usf. festgelegt, und dieses ist mit zusätzlichem Geld unterlegt worden. Das ist eine Veränderung, ich finde, es ist eine richtige Veränderung, dass wir hier in diesem Zusammenhang umgesteuert haben.

Dann würde ich gern etwas zum Thema Brennpunkte sagen und zur Frage: Wie steuert man die Zuweisung der Quereinsteiger/innen? Es ist für uns ein wichtiges Thema im Rahmen der Einstellungsverfahren, die wir umgestellt haben, dass uns zu Beginn der Einstellungsphase auf diese Schulen konzentrieren. Es gelingt uns teilweise, aber man muss auch realistischerweise sagen, dass es immer gelingt. Aber es ist schon unser Ansatz, erst mal den Fokus auf spezielle Gebiete zu legen und hier umzusteuern. Als gutes Instrument sehen wir das Praxissemester an, das schon angesprochen worden ist. Wir versuchen, auch darüber zu steuern, wo diese angesiedelt sind, um dann auch so eine Art Klebeeffekt herzustellen, wenn man gut mit dem Kollegium zusammenarbeitet, das Konzept der Schule gut findet, dass man sich in der Perspektive auch vorstellen kann, dann dort zu arbeiten. Wir versuchen diese Dinge, aber das ist nicht einfach in der Umsetzung.

Dann ist das Thema – Frau Burkert-Eulitz war es, glaube ich – Finanzierung des dritten Ausbildungsjahrs angesprochen worden. Das war ja die Initiative des Landes Berlin in der Familienministerkonferenz, wo wir die Anerkennung des Erzieherberufs als Mangelberuf, aber auch das Thema des dritten Ausbildungsjahrs angesprochen haben, wo Facharbeitsgruppen – Bundesministerium für Arbeit, Familienministerium usw. – installiert worden sind. Hier warten wir noch auf Ergebnisse. Wir hatten es, glaube ich, im Antrag so formuliert, dass uns zum Ende des Jahres ein Vorschlag unterbreitet werden soll. Ich weiß, dass die Gremien arbeiten, dass intensiv Dinge erarbeitet werden, aber ein Ergebnis weiß ich nicht. Das war ja unser Thema, dass wir gesagt haben, es ist noch einmal ein Anreiz auszubilden, wenn das dritte Ausbildungsjahr finanziert wird. – Jetzt würde ich an Frau Klebba weitergeben – ich habe mit Kita geendet –, und dann wird Herr Rackles noch etwas zum Thema Schule sagen.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam): Hier war noch die Frage zu Zahlen. Der Quereinstieg beträgt derzeit 14 Prozent, auf alle Kitaträger, öffentliche und freie, gerechnet. Ich will auch noch mal was zu den 33 Prozent sagen. Es ist ja nicht so, dass diese Zahl erreicht werden muss, sondern auf kleine Einrichtungen bezogen sind prozentuale Sätze natürlich anders zu bewerten als auf große Einrichtungen bezogen. Um möglich zu machen, dass auch in kleinen Einrichtungen ein/e Quereinsteiger/in vorhanden sein kann, ist dieser prozentuale Anteil gewählt worden. In großen Einrichtungen, in Kitas mit über 100 Plätzen werden 33 Prozent Quereinsteiger/innen wahrscheinlich nie erreicht werden – nur damit man das einordnet, wie Prozentsätze zu sehen sind.

Das Zweite, noch mal ergänzend zu dem dritten Ausbildungsjahr: Da gibt es ja zwei Dinge. Das eine waren die Vereinbarungen, die wir erreicht haben, die insbesondere mit zwei Jobcentern – Friedrichshain-Kreuzberg, und das zweite weiß ich jetzt gerade nicht – funktionieren, dass das dritte Ausbildungsjahr von den Trägern finanziert wird und darüber dann die Bildungsgutscheine ausgegeben werden. Wir haben jetzt auch das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – das ist ein Bundesgesetz –, in dem es um die Frage geht, wie viele Theorienanteile, wie viele Praxisanteile da drin sind und was finanziert werden kann. Da müssen Landesanpassungen erfolgen, und dazu sind wir derzeit im Gespräch.

Der dritte Punkt wäre: Wanderungsbewegungen nach Brandenburg – vermeintliche Wanderungsbewegungen – finden nach unseren Untersuchungen nicht statt. Also die Frage Attraktivität des Erzieher/innen/berufs ist aus der Tatsache, dass wir unterschiedliche Tarifsysteme haben, jedenfalls nicht abzuleiten. Dazu gibt es Untersuchungen. Das ist nicht nachweisbar.

Ich will noch einen Punkt hinzufügen, Kitabereich und sozialräumliche Steuerung, weil Frau Siebernick ja darauf auch abgestellt hat mit der Frage 93-Prozent-Finanzierung und dass damit Kitaträger unter Mindestlohn bezahlen müssen. Wir würden gern wissen, wo unter Mindestlohn bezahlt wird, denn dem würden wir in der Tat nachgehen wollen. Das ist uns nicht bekannt. Die Frage sozialräumlicher Steuerung ist ja möglicherweise anders als im Schulbereich, aber im Wesentlichen ist die Frage Quereinstieg/vollausgebildete Kräfte mitbedingt durch die Frage, welche Bedingungen Träger für ihre Mitarbeiter bieten, und das bezieht sich nicht nur auf Entlohnung, sondern auch auf viele andere Bereiche, auch auf Gesundheitsmanagement und qualitative Aspekte, und danach richtet sich auch die Frage, wer wo welche Menschen beschäftigen kann, denn auch da gibt es erhebliche Unterschiede.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam): Ich ergänze nur ganz kurz. Das eine war der Punkt – Frau Rietzschel hat es formuliert –, es ist besser, dass Unterricht notfalls ausfällt, bevor man qualitative Kompromisse macht. Das kann man so sehen. Einzelne Bundesländer machen es auch so, NRW und Baden-Württemberg haben 1 200 Plätze freigelassen – mit einer riesigen landesinternen Debatte. Ich glaube nicht, dass die Qualität dadurch steigt. Deswegen ist es im Moment eine Gratwanderung. Wir sind der Meinung – deswegen sitzen wir hier zusammen –, grundsätzlich ist das eine Notlösung, keine Frage, aber es ist immer noch eine, die besser ist, als wenn kein Unterricht stattfindet, denn das wären hohe Prozentsätze Unterrichtsausfall zusätzlich zu dem, was ja auch gern öffentlich diskutiert wird, und zwar gerade im Grundschulbereich, wo alle der Meinung sind, da muss auch was stattfinden. Diese Kolleg/inn/en gehen zwar durch eine Maloche, das ist richtig, das ist ein sehr hartes Brot, das die da verdienen im Sinne des Stresses und der Anspannung, aber – wir untersuchen und evaluieren das – da sind die Abbruchzahlen nicht am Ausreißen. Die sind wegen der Belastung etwas höher als im Referendariat, aber die sind nicht so, dass man sagen kann, das schaffen die nicht. Wenn sie es danach geschafft haben und qualifiziert sind, sind das vollwertige Lehrkräfte, die wir im Grundschulbereich auch einsetzen können. Das ist ja das Ziel der ganzen Geschichte. Ob wir hier ein kollektives Nachsitzen machen, Frau Bentele, weiß ich nicht. Auch andere, CDU-geführte Länder sind in diesem Bereich ähnlich gefangen wie wir. Ich habe während der Sitzung hier aus der Stadt Nürnberg eine Stellenanzeige für Lehrkräfte bekommen. Inzwischen ist also auch Bayern so weit, bundesweit zu inserieren und zu schauen. Der Bedarf ist einfach da und die Tendenz, das müssen wir gemeinsam lösen. Es macht, glaube ich, auch keinen Sinn, sich jetzt hier gegenseitig was vorzurechnen, ob wir nachsitzen oder nicht. Ich glaube, das gemeinsame Interesse, hier Lösungen zu finden, ist das Entscheidende.

Eine Sache: Der Ausschluss des ersten Jahrgangs, der 1. Klasse, in der Grundschule ist konzeptionell nicht vertretbar. Ich finde es völlig richtig – das haben Sie, Frau Rietzschel gesagt, darüber haben wir auch schon mal gesprochen –: keine Klassenleitungen. Das ist für einen Einsteiger, einen Quereinsteiger schlecht. Das machen einzelne Schulen aus vermeintlicher Verzweiflung. Da würde ich sagen: Dann müsst ihr es ausfallen lassen. Ihr könnt nicht solche Krücken konstruieren für die Klassenleitung. Das ist eine zentrale Stellschraube, eine Funktionsstelle. Das unterbinden wir auch da, wo wir es erfahren. Allerdings: Die 1. Klasse auszunehmen, würde auch heißen, dass man sagt, die Kita geht nicht mit Quereinsteigern. Es gibt auch keinen Grund zu sagen, die 1. Klasse nicht, die 2. Klasse doch. Also da fehlt mir das konzeptionelle Verständnis. Da haben wir durchweg teilweise bessere Erfahrungen als mit Menschen, die das Gymnasiallehramt gemacht haben und dann in der 1. oder 2. Klasse eingesetzt werden. Also da muss man sehr differenziert argumentieren.

Der letzte Punkt: Die Vorschläge, wie sie auch Herr Bublys gemacht hat, sind ja teilweise nicht neu. Einiges davon machen wir, verstärken wir auch. Die Frage der Verbindlichkeit der Mentorenstunden ist etwas, dem wir uns auf jeden Fall widmen. Das hatte auch Frau Kittler gefragt. Im Moment ist es im Benehmen der Schulen. Wir haben aber inzwischen zu viele Problemanzeigen, als dass wir sagen könnten, wir lassen es weiter so laufen. Die Idee, dass man so etwas wie einen Fortbildungspool macht und eine Fortbildungslehrkraft hat, kann man mit den Stunden inzwischen fast backen. Meistens fehlen dann aber die guten Leute, weil sie das machen. Es sollten die Richtigen diese Fortbildungsfunktion übernehmen und nicht die Falschen. Das wäre dann genauso eine Herausforderung wie die Verpflichtung hier.

Der Vorschlag zwei von Herrn Bublys, Reduktion der Unterrichtsverpflichtung, heißt in der Konsequenz: 1 266 Quereinsteiger dieses Jahr eingestellt, vier Stunden absenken in der Unterrichtsverpflichtung, sind 5 064 Stunden, das sind 337 zusätzliche Personen, die wir einstellen müssen. Das sind 337 Quereinsteiger. Die generieren wieder 35 VZÄ nur für die Absenkung der Stunden. Also wir kommen in einen Teufelskreis. Das klingt alles gut, aber es ist ausgesprochen schwierig und verstärkt das Problem am Ende. Ähnlich wie die Grundsituation: Sie dürfen nicht vergessen, das sind keine Auszubildenden. Wir bezahlen volles Gehalt. Das sind Mitarbeiter/innen, die in die Schule gehen mit der Verpflichtung, sich zu qualifizieren, aber sie bekommen das volle Gehalt – das ist ja gerade das Interessante –, weil sie lebensälter sind und aus Berufen kommen. Das sind keine Auszubildenden. Wir können in der Zahl ihrer Unterrichtsverpflichtung nicht beliebig nach unten gehen, denn irgendwann überwiegt der Ausbildungscharakter und nicht mehr der Arbeitscharakter. Dann müsste man die Entgeltgruppe völlig runtersetzen. Dann ist der Charme des Quereinstiegs aber weg. Dieses Problem haben alle Bundesländer. Deswegen: Die Lösung klingt gut, wir haben sie auch mehrfach geprüft, die Frage ist, wo ist die Grenze, ab wann das keine Arbeitsverpflichtung ist, sondern eine Ausbildung, und dann entfällt die Möglichkeit, die Entgeltgruppen so zu konstruieren, wie es im Moment ist.

Ansonsten sind viele der Vorschläge ja auch in der Pipeline, einiges ist ja auch schon Ist, Frau Bentele, das wissen Sie, glaube ich, auch. Wir versuchen aber, weil die Größenordnungen inzwischen ja substanzelle sind, dieses System auch dauerhaft zu etablieren und fortzuschreiben, darum geht's ja heute. Vieles von dem, was gesagt wurde, würden wir gern und sicher auch noch in Einzelbereichen aufgreifen. Auch diese Vorkurse werden ja entwickelt, diese Herbstkurse laufen schon. Also da ist einiges am Laufen. Aber, wie gesagt, solche grundlegenden Vorschläge erzeugen eher einen höheren Bedarf an Quereinsteigern, als dass sie ihn abmildern.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: So, jetzt sind Sie dran, und ich würde gern jetzt mit dem Kitabereich anfangen wollen. – Bitte, Frau Siebernick, Sie haben das Wort!

Doreen Siebernick (GEW): Vielen Dank für die vielfältigen Nachfragen, die ja in der Tat beide Bereiche angehen. Es ist vielfach die Frage nach der Verteilung gestellt worden. Da will ich auch gleich für beide Seiten sprechen. Für den Bereich der Lehrer/innen finden Sie auf der Seite 6 unserer Stellungnahme als ersten Punkt exemplarisch vier Zahlen. Wenn wir also sehen, 126 Quereinsteiger/innen sind in diesem Jahr in der Region Mitte an Schulen angekommen und nur 33 in Charlottenburg-Wilmersdorf, dann, glaube ich, gibt es dort ganz deutlich Steuerungsinstrumente, die man auch zur Anwendung bringen kann. Da will ich mich in diese Beispiele gar nicht vertiefen.

Für den Bereich der Kindertagesstätten, Frau Klebba, können wir das durch die Vielfalt unserer Trägerlandschaft zahlentechnisch gar nicht so aufbereiten. Wir können sicherlich für die Kitaeigenbetriebe Zahlen deutlich benennen, aber die repräsentieren ja auch ein Tortenstück unserer Stadt. Insofern ist das in dieser Art und Weise gar nicht statistisch vergleichbar, um zu sagen: Wie können wir hier Steuerungsinstrumente ansetzen, damit sich das gleichmäßiger verteilt?

Frau Burkert-Eulitz, Sie haben nach drei Maßnahmen gefragt, die ich vorschlage, sozusagen Lösungsansätze. Das hatten auch Sie, Frau Lasić, gefragt. Sie haben nur gefragt: Was wäre

das Wichtigste? Frau Burkert-Eulitz hat immerhin drei Möglichkeiten gelassen. Da will ich mal für den Kitabereich formulieren: Wir fänden es richtig, an der Stelle eine abgestufte Anrechnung auf den Personalschlüssel für die Quereinsteiger/innen zu gewähren, also nicht vom ersten Tag an zu 100 Prozent die Kolleg/inn/en auf den Personalschlüssel anzurechnen. Das haben wir auch ausformuliert. Als Zweites ist die Zeit für Anleitung ganz wichtig. Die Kolleg/inn/en sind in Ausbildung, und dann braucht es auch die Zeit für die Anleitung, die auch verlässlich sein muss, und dann auch nachweislich – das korreliert dann auch – Mentor/inn/enstunden, die man dann auch im Bereich der Lehrer/innen sozusagen ins System gibt. Die müssen auch bei den Kolleg/inn/en konkret ankommen. Die pauschale globale Zuweisung – manchmal verschwindet da was im System.

Ich will als Drittes an der Stelle auch noch mal ganz deutlich auf den Bereich der Sozialassistent/inn/en und fokussieren. Das ist das, was uns am allermeisten Bauchschmerzen bereitet. Dazu haben wir – das ist dann ähnlich zu Ihnen – hier erst mal einen vierwöchigen Vorbereitungskurs vorgeschlagen. Wenn wir vom Berliner Bildungsprogramm reden, dann müssen die Menschen, die im Quereinstieg sind, auch wissen: Was ist eigentlich das Berliner Bildungsprogramm? So ein Kompaktkurs sollte ein Minimum sein. Das unterstützen wir sehr. Wir haben das auch noch mal aufgelistet mit weiteren Unterpunkten.

Es gab auch noch Fragen zur Bezahlung und zum Stand der Verhandlungen, der Entwicklung der Entgeltordnung. In den Parteiprogrammen, in den Wahlprogrammen stand grundsätzlich viel Gutes zur Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe, und doch formulieren mittlerweile alle ganz deutlich in dieser Stadt: Wir haben einen Fachkräftemangel, und bei diesem Fachkräftemangel hält das bestehende Tarifsystem auch Lösungen bereit. Da müssen Entscheidungen getroffen werden, da könnten Entscheidungen getroffen werden im Rahmen des § 16 Abs. 5. Durch Zulagen und auch durch Gewährung der Zulagen könnte man hier Anreize schaffen, ganz klar. Bei den bundesweiten Verhandlungen sind wir als Land Berlin ja Beteiligte. Dort gibt es jetzt die ersten Verabredungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, den Prozess aufzunehmen, die nächste Entgeltrunde vorzubereiten, und es ist in der Tat die Frage: Inwieweit kann es gelingen, in der Entgeltordnung die Tätigkeitsmerkmale anders zu beschreiben, deutlicher zu beschreiben, sodass es wirklich zu einem höheren Entgelt führen kann? Kann es dort eine vergleichbare Paralleltabelle geben wie im TVöD? Kann es in den Entgelttabellen des TV-L in den Entgeltgruppen 8, 9 und 10 eine 9a oder eine 10a geben, die dann tatsächlich das aufnimmt, was im TVöD deutlich besser beschrieben ist? Wir werden natürlich alles tun, um die Kolleg/inn/en zu motivieren, sich dann auch für ihr gutes Recht wieder einzusetzen.

Es bestand die Frage auch für den Bereich der Lehrer/innen – da gibt es aber bestimmt gleich ganz viele Antworten von meinen Kolleg/inn/en an meiner Seite.

Ich will auch anfangen mit den drei Maßnahmen. Was wir als GEW an der Stelle deutlich fordern, ist – auch wenn Sie, Herr Rackles, das jetzt so deutlich vorgerechnet haben –: Wir müssen die Qualitätsdiskussion in die Mitte stellen, und dann braucht es mehr Ermäßigungsstunden für den Quereinstieg, und dann heißt das, auch Hospitationszeit muss eingerechnet werden, und dann muss sich hier tatsächlich auch was verschieben, was sicherlich in der Konsequenz zu mehr Quereinsteiger/inne/n führt. Aber der Punkt ist in der Perspektive, nach vorne gedacht: Wir wollen die Bestausgebildeten an der Stelle, und dann muss man ihnen auch

eine gute Ausbildungszeit geben, und die ist beileibe nicht gut im Quereinstieg, sondern wirklich hartes Brot.

Es braucht dann auch für den Quereinstieg von Anfang an die begleitende pädagogisch-didaktische Ausbildung. Wenn also das zweite Fach erst studiert wird – das ist vorhin ausreichend umfänglich beschrieben worden –, dann hat sich vieles schon verfestigt, ehe es in die Methodenvielfalt geht, und das dann wieder aufzubrechen, ist schwierig.

Als Drittes bitte ich, wirklich die Grundschule mit ihren Herausforderungen beim Quereinstieg in den besonderen Fokus zu nehmen, denn hier wird die Grundlage für das erfolgreiche Lernen gelegt, hier geht es um Sprachenlernen, hier geht es um den Erwerb der so wichtigen Rechenkünste, die so viele Auswirkungen auf alles andere haben. Von daher sind das die Dinge, die ich als besonders wichtig beschreiben würde.

Ich möchte auch noch auf Herrn Czaja eingehen, der gefragt hat: Was macht das eigentlich mit der unterschiedlichen Bezahlung? Schauen wir mal in die Grundschule! Dann haben wir da die Grundschullehrkräfte – insofern habe ich jetzt die Chance, vielleicht noch mal auf die Entgeltgruppe 13 einzugehen – mit einem Fach in der A 12, die die Quereinsteiger/innen ausbilden. Da ist eine Diskrepanz. Es ist einfach falsch dargestellt, dass die GEW hier die Hürden hochgelegt hat, sondern wir haben mit der Senatsbildungsverwaltung ein sehr differenziertes System diskutiert. Es ist klemmen geblieben im Mai. Es war darauf ausgelegt, hier Berufserfahrung anzuerkennen, geleistete Fortbildungen anzuerkennen und eben auch zusätzliche Funktionen anzuerkennen. Dann kommen wir auch zu einem schnellen Aufwuchs und zu einer schnellen Wertschätzung unserer Bestandslehrkräfte im System. Man kann auch immer in die Entgelttabelle gucken. Wie lange braucht eine Kollegin – da ist es egal, ob sie Erzieherin, Lehrerin ist oder in der Finanzverwaltung arbeitet –, um auch in der höchsten Entgeltstufe oder in der Stufe meiner Gruppe anzukommen? Das heißt, Berufserfahrung ist wichtig. Dass dann möglicherweise Berufseinsteiger/innen noch zusätzliche Fortbildungsangebote brauchen, die noch nach dem alten System notwendig sind, ist ganz klar. Die Diskrepanz ist schwierig. Wir haben gegenwärtig die Personalversammlungen in dieser Stadt, und es ist ein Riesenthema, das die Lehrerinnen und Lehrer an der Stelle formulieren, denn es ist nicht gerecht, und es ist nicht nachzuvollziehen. Es ist auch sehr kritisch zu äußern, dass der Regelungstatbestand nicht formuliert wird, dass nicht klar ist: Wie haben unsere Berliner Lehrer/innen im Bestand die Chance, hier in die EG 13, in die A 13 aufzusteigen? Das kritisieren wir ganz deutlich, und da werden wir sicherlich auch in den kommenden Tagen noch deutlich zu hören sein in dieser Stadt. – Danke schön!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen Dank! – Jetzt Frau Rietzschel. Ich habe die herzliche Bitte – wir haben noch einiges auf der Agenda, und um 16 Uhr ist eigentlich Schluss –, dass Sie komprimiert auf die Fragen antworten und ein bisschen Nachsicht haben, dass wir auch noch andere Themen auf der Agenda haben. – Bitte schön!

Almut Rietzschel (BAK Lehrerbildung): Das will ich probieren. – Herr Rackles! Sie haben gesagt, das sind keine Auszubildenden, sondern Menschen, die viel mitbringen. Das stimmt, sie sind Trainees, aber sie lernen einen neuen Beruf, und sie müssen lernen, aus der Sicht von Schüler/inne/n zu denken, und sie müssen lernen, Unterrichts- und Erziehungsprozesse langfristig und systematisch anzulegen und kumulativ zu vernetzen. Das ist mit 19 Stunden selbst-

ständigen Unterrichts nicht möglich. Deswegen empfehlen wir ja auch so dringend, zu Teilzeit überzugehen.

Wenn ich jetzt gebeten werde, die drei wichtigsten Maßnahmen zu nennen, dann würde ich anders als in meinem Vortrag eben damit anfangen, vor der Vertragsunterzeichnung noch mal sorgfältig allen die Gelegenheit zu geben, die Motivation für den neuen Beruf zu hinterfragen, und es nicht mehr zuzulassen, dass Quereinsteigende einen Vertrag ohne PKB-Tätigkeit erhalten, ohne konkret zu wissen, auf was sie sich einlassen. Ich denke, durch geschickte Organisation wird es möglich sein, allen Interessent/inn/en für den Beruf zumindest Schnupperpraktika von vier Wochen zu ermöglichen und ihnen in Gesprächen mit erfahrenen Lehrkräften die Anforderungen des Berufs auch transparent zu machen. Dann würde ein – zugegeben – kleiner Teil, der nicht geeignet ist für diesen Beruf, sich möglicherweise nicht mehr dafür entscheiden, und das würde die Ausbilder, die Kollegen und auch die Kinder sehr entlasten.

Als Zweites sollte dieser Vorkurs zu Beginn der Tätigkeit angeboten werden. Wir haben auch konkrete Vorschläge, wie dieser Vorkurs inhaltlich zu füllen und wie er zu finanzieren ist, z. T. auch über Honorarkräfte, über die Fachseminarleitungen in Deutsch und Mathematik an den Grundschulen, die zu einem guten Honorar und nicht zu einem Honorar von 25 Euro die Stunde bei ihrem großen Engagement für die Qualifizierung von Quereinsteigenden, denken wir, sicherlich motiviert werden können, in einem Vorkurs Sitzungen anzubieten. Dieser Vorkurs ist natürlich auch für die Quereinsteigenden an ISS und Gymnasien nötig. Ich habe mich vorhin nur auf die Grundschule konzentriert. Der hilft sicherlich den Quereinsteigenden bei diesem fundamentalen Perspektivenwechsel, alles aus der Perspektive von Kindern und von Schüler/inne/n zu betrachten.

Es kam die Frage nach dem Anpassungslehrgang. Das muss man sehr differenziert betrachten. Wir sehen insbesondere mit großer Sorge, dass Lehrkräfte aus dem Ausland kommen, die dort das Fach Deutsch als Fremdsprache studiert haben und hier das Fach Deutsch unterrichten. Sie müssen im Prinzip nur C 1 nachweisen – sie müssen keine Staatsprüfung haben – und am Ende der Ausbildung C 2. Das sehen wir schon sehr problematisch.

Dann war die Frage, inwieweit man die Grundschulen unterstützen kann, indem Ausbildungsnavigatoren oder Fortbildungskoordinatoren in der VV Zuordnung Berücksichtigung finden. Das haben wir im BAK auch diskutiert. Wir denken aber, dass die Grundschulen flexibel bleiben müssen und dass es günstiger ist, Stunden zu bündeln und die dann je nach Anzahl der Quereinsteigenden und Praxissemesterstudierenden auch für die Qualifizierung, auch von Quereinsteigenden zu nutzen.

Zur Frage nach der Vehemenz, mit der wir fordern, dass Quereinsteigende insbesondere nicht in der 1. Jahrgangsstufe eingesetzt werden: Wenn Quereinsteigende diesen mühsamen und steinigen und schwierigen Weg beginnen, dann sind sie oft damit beschäftigt, sich selber zu organisieren und mit den vielfältigen Anforderungen, die der Beruf an sie stellt, zurechtzukommen. Das halten wir für diese sensible Phase des 1. Schuljahrs, des Übergangs von der Kita in die Schule, für ausgesprochen ungünstig. Ich freue mich aber zu hören, dass erwogen wird, den Einsatz als Klassenlehrkraft im ersten Jahr des neuen Berufs zu untersagen.

Ich denke, dass wir alles dafür tun müssen, dass die, die jetzt kommen, eben nicht nur das Examen bestehen, sondern auch in den kommenden 20, 30 Jahren ihrer Berufstätigkeit gute

Lehrkräfte sind, und ich glaube, dass wir dafür noch mehr brauchen, als wir bisher tun, denn die kommen mit den Vorstellungen von ihrem Schulunterricht. Dieser Unterricht liegt schon sehr lange zurück, und es ist unglaublich schwierig, diesen Wechsel zu modernen Unterrichtsformen und zu einem modernen Verständnis von Unterricht als langfristig angelegt, kompetenzorientiert usw. zu vollziehen. Deswegen, denke ich, müssen wir auf jeden Fall mehr Ressourcen in das System stecken in Form von Geld auch für Honorarkräfte, indem Ausbilder/innen im Grundschulbereich motiviert werden, zusätzlich etwas zu machen, und wir müssen die Ressourcen im System besser bündeln. – Danke!

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Herr Prof. Dr. Ramseger, bitte!

Prof. i. R. Dr. Jörg Ramseger (FU Berlin): Vielen herzlichen Dank! – Es sind sehr viele Fragen an mich gerichtet worden, ich versuche, mich auf ganz wenige zu konzentrieren. Manches haben ja die Vorrednerinnen auch schon sehr gut dargestellt. Ich gehe zunächst auf die Frage ein, warum ich so vehement darauf Wert gelegt habe, dass Quereinsteiger/innen nicht im 1. Schuljahr unterrichten sollen. Herr Rackles hat das ja als weniger schlimm befunden in seiner Ausführung eben. Ich konzediere, dass es vielleicht Sinn machen kann, dass eine Lehrerin, die jahrelang musikalische Früherziehung gemacht hat, auch im 1. Schuljahr den Musikunterricht übernimmt, wenn sie als Quereinsteigerin dorthin kommt, oder dass Menschen, die jahrelang in einem Verein Training gegeben haben, auch den Sportunterricht für jüngere Kindern übernehmen, wenn sie eine berufsbegleitende Fortbildung erhalten. Was die Alphabetisierung und den Mathematikunterricht in der Grundschule angeht, glaube ich, werden die Anforderungen an die fachliche Kompetenz der Lehrkräfte in diesem Land generell erheblich unterschätzt. Ich gebe Ihnen einfach zu bedenken: Googeln Sie mal heute Abend nach der sogenannten LOGIK-Studie, eine Schulleistungsstudie von ausgewiesenen Bildungsforschern – die ist schon alt, schon von 2003 oder so –, u. a. der sehr anerkannten Entwicklungspsychologin Elsbeth Stern aus Zürich. Die haben einfach mal geforscht: Wie entwickeln sich Kinder über den Bildungsgang hinweg? Und es ist einer der Befunde, z. B. der LOGIK-Studie, dass Kinder, die nicht bereits im 1. Schuljahr eine sehr gefestigte Einführung in den Zahlbegriff bekommen und ein sicheres Verständnis des Zahlbegriffs im 1. Schuljahr erworben haben, dass keines dieser Kinder jemals am Ende der Sekundarschule gute oder sehr gute Leistungen in Mathematik erbringt. Das ist in der Studie nachgewiesen worden. Man hat einfach die Bildungsgänge von Kindern und ihre Zensuren in Mathematik nachverfolgt und das, was sie jeweils im Curriculum in der Grundschule viele Jahre vorher hatten. Es ist nachgewiesen worden, dass kein Kind, dass nicht schon im 1. Schuljahr im Textverständen in der Mathematik sehr sichere Grundlagen entwickelt hat, jemals in der gymnasialen Oberstufe gute oder sehr gute Leistungen in Mathematik erringen konnte – kein einziges Kind. Das heißt, das 1. Schuljahr ist ein unglaublicher Weichensteller. Am Ende des 1. Schuljahrs ist schon manches Kind im Brunnen. Wir riskieren ein erhebliches Anwachsen von funktionalen Analphabeten, wenn wir den basalen Prozess des Schriftspracherwerbs im 1. Schuljahr in die Hände von Laien geben. Wir würden auch nicht einem Studenten, der Pflegewissenschaften studiert hat und gerne Mediziner werden möchte, die Station in der Orthopädie ohne jeden Vorbereitungskurs anvertrauen und sagen: Du bist jetzt Assistenzarzt, und alles andere machst du on the job.

Das würden wir nicht riskieren. Die Ausbildung in der Alphabetisierung der Erstklässler ist mindestens so wirkungsvoll in ihren Folgewirkungen für den Bildungsgang der Kinder wie die Ausbildung eines Mediziners für den medizinischen Beruf.

Ich bin von mehreren Abgeordneten gefragt worden, wie denn die Situation jetzt an der Universität ist. Die Senatsverwaltung hat in den Hochschulverträgen nachgebessert. Ich will Ihnen nur noch einmal die Ursache verdeutlichen, warum das alles so gekommen ist, wie es gekommen ist, weil Sie es vielleicht im Detail gar nicht wissen. Wir hatten, bevor 2004 die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge an der Freien Universität und auch sonst eingeführt wurden, zweimal jährlich, nämlich zum Sommer- und zum Wintersemester, jeweils 200 Studenten für die Grundschulpädagogik aufgenommen. Mit der Einführung der Studiengänge Bachelor und Master 2004 ist das reduziert worden auf einmal jährlich 80, und das ist 15 Jahre lang so betrieben worden, bis Frau Scheeres, ich glaube, im vorletzten Jahr zum ersten Mal, verdoppelt hat und im letzten Jahr noch mal verdoppelt hat. Inzwischen haben wir sehr hohe Studienanfängerzahlen, die wir weitgehend mit dem bestehenden Personal betreuen müssen. Es sind ein paar Stellen dazugekommen. Es ist sehr schwer, die Stellen zu besetzen. Es gibt nämlich eine bundesweite Konkurrenz um Professuren in der Grundschulpädagogik. Wir haben auch große Schwierigkeiten, Lehrkräfte für besondere Aufgaben als Lehrer/innen im Hochschuldienst einzustellen, weil die Schulen sie nicht hergeben. Wir wollen ja die Besten an der Universität haben, die geben aber die Schulen nicht mehr her. Es haben schon die Studienseminar Schwierigkeiten, hervorragende Menschen für die Tätigkeit im Studienreferendariat zu akquirieren, weil die Zahlen zu gering sind. Wir stehen in einem bundesweiten Konkurrenzkampf. Selbst wenn wir noch mehr Stellen hätten, ist es sehr schwierig, sie zu besetzen. Ich gebe noch dazu zu bedenken – das ist selbstkritisch gegen die Universität, ich habe es aber nicht zu verantworten; der Wissenschaftsminister könnte es ändern –: Universitäten nehmen sich für die Besetzung einer Professur in der Regel ein volles Jahr Zeit. Bundesverteidigungsministerin wird man mit einem Telefonanruf von der Bundeskanzlerin. – [Heiterkeit] – Die Universitäten bräuchten nicht ein Jahr. Da müsste mal der Wissenschaftssenator sagen: Es gibt eine Notsituation. Versucht es doch mal in sechs Monaten. – Da gibt es furchtbar viele Verwaltungsdinge, wo dauernd etwas hängt. Wir hatten gerade so einen Fall von einem hochqualifizierten Nachwuchswissenschaftler aus Berlin, der im Schuldienst in Berlin blieb, ein Physiklehrer, der ganz hervorragend qualifiziert war, den wir als abgeordnete Lehrkraft in die Grundschulpädagogik bringen wollten. Der hat einen Ruf bekommen, aber es hat mindestens acht Monate gedauert, bis er vollzogen worden ist. Das lag einerseits an der Universität, es lag andererseits auch an der Schulverwaltung, die das alles nicht so furchtbar dringend fand.

Mit den jetzt angebotenen Studienplätzen werden Sie in fünf Jahren vermutlich weniger Probleme haben, als Sie derzeit haben. Aber es ist sehr schwer, überhaupt Nachwuchs zu akquirieren. Da muss Berlin einen Tick flotter werden.

Die Finanzierung im Q-Master für diejenigen, die das jetzt schon machen. Wir haben diesen Modellstudiengang, in dem übrigens für 50 Plätze – Mehr haben wir nicht, weil wir ihn kostenneutral betreiben müssen; wir haben dafür keine einzige Stelle bekommen. Wir machen ihn kostenneutral und haben gerade 50 Quereinsteiger reingenommen, die das machen wollen, von 200 Bewerbungen, die wir um diese 50 Plätze hatten. Die finanzieren sich selbst, so simpel ist die Welt. Man kann ja darüber nachdenken, wenn man mehr Menschen in solche Studiengänge bringen will, ob man nicht auch zinslose Darlehen für den Lebensunterhalt gewäh-

ren kann. Das gibt es in anderen Berufen in Notsituationen auch. Das wäre eine Möglichkeit, über die man nachdenken müsste.

Aus welchen Gründen – hat Frau Burkert-Eulitz gefragt – ist es besonders schwierig, Kinder in der Grundschule zu unterrichten, wenn die Menschen keine fundierte Kenntnis im Themenfeld Deutsch als Zweitsprache haben. Das hat damit zu tun, dass die Zweitsprache und die Erstsprache sich immer wechselseitig beeinflussen. Es gibt kein Zweitsprachenlernen, also in diesem Fall kein Lernen der deutschen Sprache von Kindern mit anderer Familiensprache, wenn nicht deren Familiensprache mit berücksichtigt wird, und die ist natürlich vielfältig. Aber es gibt ja Gruppen, es gibt Schwerpunktgruppen. Es gibt die türkischen, die arabischen, die russischen Schwerpunktgruppen und griechische Kinder. Wenn man von diesen ganzen Sprachen überhaupt gar nichts weiß, zum Beispiel nicht weiß, warum ein Kind die Pluralbildung im Deutschen immer falsch macht, was man aber leicht erklären könnte, wenn man nur eine Basisinformation hätte über die Pluralbildung in diesen Hauptmigrantensprachen, die in unseren Schulen sind, und ich rede erst mal nur von den zwei oder drei Hauptmigrantensprachen, aber das wäre ja schon was, da hätten wir schon 80 Prozent der Migrantenkinder abgedeckt, wenn man gar nichts davon weiß, kann man dem Kind auch nicht sagen, warum wir es im Deutschen anders machen, als es das Kind macht. Und das ist die Sache der fachlichen Kompetenz, und die erwerbe ich – verzeihen Sie! – nicht in einem Schnelldurchgang.

Herr Rackles! Sie sind gar nicht auf meine, wie ich dachte, doch sehr gravierenden rechtlichen Bedenken eingegangen, ob wir das überhaupt dürfen, was wir gerade tun. Vielleicht dürfen wir es ja, es kann ja sein. Ich habe das Lehrerbildungsgesetz ganz anders gelesen. Im § 2 des Lehrerbildungsgesetzes steht ganz deutlich, unter welchen Kriterien überhaupt ein Mensch in Berlin Lehrer werden darf. Mir ist nicht bekannt, dass es da eine Ausnahmeregelung gibt, aber ich habe gesagt, ich bin Verwaltungsjurist. Vielleicht können Sie das rechtlich klären.

Zur Frage, ob das die richtigen Weichen sind: Ja, sie sind im Moment gestellt, aber leider zehn Jahre zu spät.

Zur Frage nach den vier Tops, was man wirklich tun müsste: Ich glaube, es ist wirklich gut begründet, und ich werde Ihnen meine Stellungnahme heute Nacht, wenn ich die Tippfehler beseitigt habe, noch zumailen; dann können Sie es noch mal nachlesen. Ich glaube, es ist gut begründet, dass man zumindest in Deutsch und Mathematik keine Quereinsteiger im ersten Schuljahr einstellen soll. Man kann sie im dritten und vierten Schuljahr in der Grundschule einstellen und die Lehrer des dritten und vierten Schuljahrs dafür in die erste Klasse setzen.

Zweitens: Ich glaube nicht, dass man völlig unvorbereitet, aus einem anderen Beruf kommend, sofort vor eine Klasse gestellt werden kann. Die Vorbereitungszeiten, die meine Voredner/innen gesagt haben, halte ich für völlig unabdingbar. Wenigstens vier oder sechs Monate sind das absolute Minimum, bevor man selbst eigenverantwortlichen Unterricht geben kann. Wir haben hochkomplexe Rahmenpläne. Die sind von der Senatsverwaltung beschieden worden, wo es darum geht, Ziele, Inhalte, Methoden und Kompetenzen auf verschiedenen Niveaustufen miteinander in Verbindung zu bringen, wenn nicht ein differenzierendes Lehrangebot für Kinder im Grundschulalter machen. Das durchschauen auch sehr viele gestandene Lehrer/innen noch nicht vollständig, weil es sehr anspruchsvoll ist. Ich behaupte mal, Menschen aus fremden Berufen, die mit Pädagogik noch gar nichts am Hut haben, wissen noch

nicht mal die Unterscheidung zwischen einem Lernziel und einem Kompetenzziel – das sind nämlich verschiedene Dinge – oder einem Unterrichtsinhalt und einem Lernziel. Auch das sind verschiedene Dinge. Das muss man doch alles in Ruhe lernen können. – Zweites Top also: wenigstens ein halbes Jahr Vorbereitungsdienst.

Nehmen Sie vielleicht – das wäre mein dritter Vorschlag – meinen Impuls wahr, ob man nicht doch zunächst beginnen sollte, dass die Menschen nur in einem Fach unterrichten und sie voll berufsbegleitend als Zweitfachlehrer über eine Strecke von vier Jahren auszubilden. Da müsste man jetzt mehr einstellen, da hat Herr Rackles völlig recht, und man müsste wieder mehr Mentoren für diese finden, aber man würde am Ende vielleicht mehr Qualität bekommen, damit den Leuten nicht das passiert, was den sogenannten Mikätzchen in Nordrhein-Westfalen passierte. In den Sechzigerjahren hatten wir das schon mal, als von dem damaligen Kultusminister, Paul Mikat, Tausende ohne jede Vorbildung in die Grundschule eingestellt wurden, die dann ihr Leben lang mit dem Etikett leben mussten, sie wären Puddinglehrer/innen. Das möchte ich für Berliner Quereinsteiger/innen nicht haben. Das Argument, dass wir die Leute mit allem eigentlich on the Job ausbilden können und dass wir nur hervorragende Erfahrungen mit den Quereinsteiger/innen haben, haben die Schulräte, mit denen ich mich in den letzten Tagen unterhalten habe, nicht bestätigt. Das haben sie überhaupt nicht bestätigt. Die haben gesagt, sie haben eine Reihe vortrefflicher Menschen, wo sie sich freuen, dass sie aus einem anderen Beruf kommend, in den Schuldienst gehen, und sie haben eine Reihe von Leuten, die sie gern lieber heute als morgen sofort wieder loswerden würden, weil sie wirklich nur völligen Unsinn machen. Eine Schulrätin hat mir gesagt: Sie ahnen gar nicht, wie viele Abmahnungen wegen Gesetzesbruch ich in den letzten Wochen machen musste, weil Quereinsteiger/innen mangels Kenntnis – nicht, weil sie böswillig sind, sondern weil sie es einfach gar nicht wissen – absolut gesetzwidrig gehandelt haben. – Da ist es doch ein bisschen komplexer, als wir denken. Ich sehe ein, dass die Situation für die Verwaltung sehr schwierig ist, aber ich würde hoffen – das war ja mein letzter Impuls –, dass Sie für die Zukunft die Systeme der Lehrerbedarfsrechnung noch etwas professionalisieren, und das ist, glaube ich, etwas, was das Abgeordnetenhaus von der Senatsverwaltung auch fordern darf.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Bitte schön, Herr Bublys!

Florian Bublys (Bildet Berlin! e. V.): Bei mir dauert es nur kurz, denn ich bin von der Schule hergekommen und muss noch zur Kita. – Wir sind als Bildet Berlin! keine Institution, die sich neue Lehraufträge an Land zieht. Die Aussprache in der Grammatik, die Kritik, kriegen Sie geschenkt.

Herr Rackles! Ich möchte darauf hinweisen: Die Definitionsgrundlage für den Quereinstieg kann Ausbildung sein oder Arbeit. – Sie haben das formuliert als: Die Menschen gehen arbeiten, und deswegen gibt es diese Bedingung. – Ja, man kriegt sie sonst nicht. Dann muss man Menschen, die in Ausbildung sind, so viel Geld bezahlen. Welche Alternative gibt es denn zu dem, was hier unisono beschrieben wird, dass die Belastungen zu hoch sind, dass die Leute mehr Zeit brauchen, um für die nächsten Jahrzehnte, in denen sie mit Schüler/inne/n und Kindern zu tun haben, entsprechend qualifiziert werden? Man muss sich überlegen, ob man sagt: Das ist Arbeit, deswegen werden die so bezahlt –, oder ob man nicht sagt: Das ist Ausbildung –, und dann werden sie so hoch dafür bezahlt. Wenn Sie sagen, das seien 337 Vollzeitäquivalente, dann sehe ich natürlich dieses Dilemma, dass man Leute braucht. Ich sehe aber auch die Situation – – Wir schrammen die ganze Zeit an einem Thema vorbei, das aber offensichtlich

nicht richtig angesprochen wird und auch nicht Thema ist. Es geht um die Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen von Menschen in pädagogischen Berufen. Es geht um Erzieher und um Lehrkräfte. Wir haben beispielsweise bei den Lehrkräften 30 Prozent, die aus ganz unterschiedlichen Gründen in irgendeiner Form von Teilzeit arbeiten. Ich wette aber: Es sind unter diesen 1 000 Stellen, die das ausmacht, bestimmt auch Menschen, die das stundenreduziert machen, weil die Arbeitsbelastung zu hoch ist. – Würde man Entlastung in diesem Beruf schaffen, hätte man auch die Möglichkeit, dass die Leute in der Schule mehr Stunden unterrichten. Damit will ich nicht verstanden wissen, dass man irgendwie die Teilzeit begrenzt oder ähnliche Dinge. Das ist eine Frage, was die Menschen in der Schule leisten können und wie viele Stunden sie geben. Es sind viele Stunden, die die Leute nicht machen, weil sie es nicht schaffen. Ich denke, so kann man das in irgendeiner Form aufhängen.

Wenn ich nach der Priorisierung gefragt werde: Die Qualifizierung und Professionalisierung steht so dermaßen im Vordergrund, dass ich mich eindeutig festlege auf das Modell, den gesamten Vorbereitungsdienst auf 24 Monate, um ein Semester, zu verlängern und dieses erste Semester als Anschlusssemester zu nutzen, mit all den Argumenten, die wir jetzt zwei Stunden lang gehört haben. Dann bekommen sie dieses Geld, damit sie das auch machen. Ich sehe keine Alternative und freue mich, dass wir aber heute hier zusammengekommen sind, denn ich denke, das zeigt, dass man auf dem richtigen Weg ist, der allerdings leider viel zu spät begonnen hat. Aber nun sind Sie, liebe Abgeordnete und Abgeordnetinnen, in der Verantwortung, die entsprechenden Anliegen weiterzutragen und darauf hinzuwirken mit der Expertise. Ich habe auch viel dazu gelernt. Denkzeit ist ein ganz großer Begriff, der umschreibt, worum es geht. Vielen Dank für die Einladung! – [Allgemeiner Beifall] –

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Vielen herzlichen Dank an Sie alle! Das war heute die Anhörung. Es wird noch eine Auswertung dazu geben. Bevor ich Sie verabschieden darf, Sie können selbstverständlich bleiben – – Wir haben nur noch 15 Minuten. Frau Kittler! Das machen wir in der Auswertung. Wir machen nicht noch eine Fragerunde. Ich bitte um Nachsicht. Es besteht Einvernehmen, dass wir nicht noch eine Fragerunde machen. Alle, die sich nach Ihnen gemeldet haben, habe ich auch gestrichen. Dazu gehören Frau Dr. Lasić und Frau Bentele. Ich würde Sie gern mit einem Weihnachtsmann nach Hause schicken, nicht weil nächste Woche schon Weihnachten ist, sondern weil wir in dieser Zusammensetzung zum letzten Mal hier zusammengekommen sind. Ich möchte es nicht versäumen, Ihnen vorweihnachtlich schon einen Weihnachtsmann in die Hand zu drücken. – Herzlichen Dank! – [Allgemeiner Beifall] – Wir vertagen den Tagesordnungspunkt, bis das Wortprotokoll vorliegt, und nehmen dann die Auswertung vor. – Herr Fresdorf! Möchten Sie etwas sagen? – Bitte schön!

Paul Fresdorf (FDP): Über den Antrag stimmen wir auch bei der Auswertung ab?

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Das würde ich Ihnen ans Herz legen, oder möchten Sie ohne Diskussion jetzt eine Abstimmung über Ihren Antrag haben?

Paul Fresdorf (FDP): Es ist fantastisch, wenn wir die gleiche Forderung wie die GEW haben. Wie kann Rot-Rot-Grün dagegen stimmen? Aber wir können es gern beim nächsten Mal machen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner: Das sollten wir mit der Auswertung zusammen machen. Das ist eine gute Entscheidung.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | |
|--|--|
| a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/0590
Gesetz zur Änderung des
Kindertagesförderungsgesetzes und der
Kindertagesförderungsverordnung | <u>0094</u>
BildJugFam
Haupt |
| <u>Hierzu:</u> Auswertung der Anhörung vom 09.11.2017 | |
| b) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/0525
Gesetz über die Bestimmung der für Jugend und
Familie zuständigen Senatsverwaltung als
Dienstbehörde und Personalstelle für den Berliner
Notdienst Kinderschutz und die Zentrale
Jugendgerichtshilfe | <u>0091</u>
BildJugFam(f)
Haupt
InnSichO* |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | |
|--|---------------------------|
| Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/0549
Einführung von Schulkleidung | <u>0093</u>
BildJugFam |
|--|---------------------------|

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.